

fonction publique

CGFP
Organe de la Confédération Générale
de la Fonction Publique

numéro 285
mai 2025

57^e année
paraît 4 fois par an



MERCI

PERIODIQUE

Post
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/141



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour membres CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47 -1 • e-mail: info@luxvoyages.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

EDITORIAL

Auf Augenhöhe

Auf die Plätze, fertig, los!
– und auf geht's!

Den Begriff kennen wir zunächst einmal aus der Welt des Sports. Er gilt als Startsignal bei Wettrennen oder anderen sportlichen Wettkämpfen. Die Zeit wird gestoppt – und am Ende des Wettstreits steht fest, ob der oder die Teilnehmer vermutlich einen neuen Rekord aufgestellt haben, der, je nach erzielter Leistung in einer bestimmten Disziplin, auch noch mit einem Eintrag ins Guinness-Buch der Rekorde rechnen kann.

Nein, bei den in den vergangenen Monaten stattgefundenen sogenannten Expertenrunden im Hinblick auf eine Rentenreform, gab es keinen Chronometer. Und für einen Einzug ins Guinness-Buch der Rekorde reichte die Performance wahrlich nicht aus. Einzig und allein der Tagungsort, das idyllisch gelegene Schloss Burglinster, hätte in einem Fremdenverkehrswettbewerb über die schönsten Austragungsorte weltweit gewiss eine Bestnote verdient.

Doch: Was schön anmutet und Wohlgefallen erweckt, muss sich nicht immer als praktisch herausstellen. Die eigentliche Ernüchterung kam beim Betreten des Raumes: Der Tagungstisch erwies sich als derart klein, dass nicht einmal alle Teilnehmer Platz daran nehmen konnten. Ein Teilnehmer pro Organisation, hatte die Vorgabe bereits vorab gelautet – und das... aus Platzgründen!

Statt des oben bereits erwähnten Chronometers gab es allerdings eine Sanduhr in dem Tagungsraum. Ja, liebe Leserinnen und Leser, Sie haben richtig gelesen, dieses kleine Küchengerät, bestehend aus zwei Glasbehältern, die durch eine schmale Öffnung miteinander verbunden sind und in dem Sand langsam durch eben diese Öffnung von einem Glas in das andere rieselt. Gerade einmal zwei Minuten dauerte dieser Vorgang, gerade einmal zwei Minuten, die den Teilnehmerorganisationen für erste Reaktionen auf die Schlussfolgerungen aus den „Schwätz mat“-Umfragen zugestanden wurden.

Und wer die Zeit auch nur geringfügig überschritt, konnte sich eines kritischen Blicks des Moderators nicht erwehren.

Jeder kennt die Sanduhr vermutlich in erster Linie vom Eierkochen. Mit Eierkochen hatten die sogenannten Expertenrunden allerdings wenig zu tun – zumindest auf den ersten Blick. Sucht man dennoch eine Verbindung dazu, kommt man im Nachgang zum Schluss, dass auch bei den Expertenrunden viel „herumgeeiert“ wurde, sofern dieses Wortspiel erlaubt ist. Immerhin steht der Begriff laut Wörterbuch für „sich nicht klar ausdrücken, sich unsicher, ungleichmäßig, ziellos bewegen und nicht entschieden genug handeln.“

Und genau so lassen sich die Schlussfolgerungen aus den drei vermeintlichen Expertenrunden auch zusammenfassen. Die Sozialministerin kam, hörte aufmerksam zu... und ging wieder. „Sie sagte ‚Moien‘ und ‚Äddi‘ – mehr nicht“, kritisierte CGFP-Präsident Romain Wolff die Verhaltensweise der zuständigen Ministerin seitdem mehrfach in Presse- und Radiointerviews.

Und dabei ist es doch gerade Martine Deprez, die sich volksnah geben möchte, freundlich und jovial auftritt, bei jeder Gelegenheit den Kontakt zur Bevölkerung sucht und eine Sprache spricht, die jeder verstehen sollte. Selbst nach ihrer Ernennung zur Ministerin ist sie irgendwie doch das „Éislécker Meedchen“ geblieben, was keinesfalls als pejorativ gewertet werden soll und sie als Person keineswegs unsympathisch macht. Im Gegenteil: Ihr einfaches Wesen erkennt man alleine schon daran, dass sie auch heute noch selbst offizielle Schreiben schlicht mit „Martine“ unterzeichnet.

Doch was verbirgt sich wirklich hinter dieser Verhaltensweise? Ein ehrliches und aufrichtiges Auftreten? Oder doch ein bewusstes Kalkül einer diplomierten Mathematikerin? Spätestens seit den Expertenrunden zu einer möglichen Rentenreform scheint diese Frage berechtigt. Denn nach den zahlreichen Wortmeldungen hielt die Ministerin schön brav inne. Nur so viel:

Aus den zahlreichen Erkenntnissen würde nun herausgefiltert, was sich auch umsetzen ließe. Aufgrund dieser „Eckdaten“ würden über die Sommermonate dann Texte erarbeitet, die voraussichtlich im Herbst „in die Konsultation“ gingen. Eine Antwort auf den Einwurf, was die Regierung in der Rentenfrage denn nun konkret auf den Tisch legen werde und wohin die Reise denn letztendlich führe, gab es nicht.

Dass bei den sogenannten Expertenrunden neben den Sozialpartnern zahlreiche Vertreter diverser Organisationen anwesend waren und ihre Ideen in die Diskussion einbrachten, mag sicherlich charmant und sympathisch gewesen sein. Doch genau wie die beiden national repräsentativen Gewerkschaften aus dem Privatsektor fordert auch die CGFP, als alleinige national repräsentative Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst, dass die gewonnenen Erkenntnisse nun die Grundlage bilden müssen, um in einer Tripartite, traditionsgemäß zusammengesetzt aus Regierung sowie Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden, zu einem Konsens zu gelangen. Alles andere wäre fahrlässig und würde das viel gepriesene und vor allem allzeit bewährte „Luxemburger Modell“ ganz ordentlich infrage stellen. Auch wenn Premierminister Luc Frieden in seiner Rede zur Lage der Nation erste Eckdaten bekannt gab, ändert das nichts an der Tatsache, dass im Vorfeld kein diesbezüglicher Dialog mit den Arbeitnehmervertretern stattgefunden hat.

Die CGFP, zusammen mit den beiden Gewerkschaften aus dem Privatsektor, hat einen entsprechenden Antrag an Premierminister Luc Frieden gerichtet. Es geht schlicht und ergreifend darum, dass die Regierung den Sozialpartnern bei einem derart wichtigen Vorhaben auf Augenhöhe begegnet. Die CSV-DP-Koalition hält das Heft nun in der Hand. An ihr ist es jetzt zu beweisen, ob ihr am Luxemburger Modell – und damit am sozialen Frieden – gelegen ist oder nicht.

**Steve Heiliger,
CGFP-Generalsekretär**

Herrn Kurt Holland-Letz zum Gedenken

Kürzlich erreichte uns die Nachricht vom plötzlichen Ableben von Herrn Kurt Holland-Letz, ehemaliger Direktor der BHW-Bausparkasse für den öffentlichen Dienst aus Hameln (BRD).

Wir verlieren mit Ihm einen treuen Freund, der sich große Verdienste im Bereich des traditionellen Bausparwesens erworben hatte.

Aufgrund ihrer engen und guten Beziehungen zum Deutschen Beamtenbund (DBB) war es der CGFP Anfang der 70er-Jahre des vorigen Jahrhunderts gelungen, mit Unterstützung der damaligen Regierung, die BHW-Bausparkasse nach

Luxemburg zu holen. Womit Bewegung in den einheimischen Kredit- und Bau- markt gebracht wurde, um daselbst die Voraussetzungen zum Eigenheim zu fördern.

Dazu hat sich Herr Holland-Letz durch seine Erfahrung und seinen Einsatz verdient gemacht.

In Anerkennung dieser Verdienste um das luxemburgische Bausparwesen wurden Herrn Holland-Letz von S.K.H. dem Großherzog die Insignien des „*Commandeur de l'Ordre de Mérite du Grand-Duché de Luxembourg*“ (1986) und des „*Commandeur de l'Ordre de la Couronne de chêne*“ (1995) verliehen.

Seine Zuverlässigkeit, seine Hilfsbereitschaft und seine Kompetenz haben Ihn bei seinen luxemburgischen Kollegen und Freunden sehr beliebt gemacht.

Herr Holland-Letz war auch im Ruhestand ein aktiver Mensch geblieben

Als großer Verehrer des bekannten Dichters und Zeichners Wilhelm Busch, der zeit seines Lebens im Raum Hameln wohnte, war er als Forscher, Autor historischer Werke und als Conférencier – so auch in Luxemburg – tätig und hat sich durch seine Recherchen und Publikationen große Anerkennung erworben.



Die CGFP hat mit Ihm einen sympathischen und begeisterten Freund Luxemburgs verloren und wird den lieben Verstorbenen in dankbarer Erinnerung behalten.

jd

Deux assurances pour dormir sur vos deux oreilles : habitation et solde restant dû

Un logement, c'est bien plus qu'un toit : c'est un lieu de vie, un cocon, parfois un patrimoine. Qu'on soit locataire ou propriétaire, il est essentiel de le protéger, ainsi que les personnes qui y vivent. Deux assurances sont incontournables : **l'assurance habitation**, qui couvre votre bien et son contenu, et **l'assurance solde restant dû**, qui sécurise votre prêt immobilier en cas de coup dur. **Souvent perçues comme des formalités, ces assurances sont en réalité indispensables.**

L'assurance habitation : votre première ligne de défense

Même si elle n'est pas légalement obligatoire au Luxembourg, l'assurance habitation est fortement recommandée. Pour les propriétaires, elle est fréquemment exigée par les établissements financiers lorsqu'un prêt est accordé. Pour les locataires, c'est souvent une condition dans le contrat de bail.

Mais au-delà des obligations, cette assurance vous protège face aux imprévus du quotidien : incendie, dégâts des eaux, cambriolage, bris de glace, intempéries, vandalisme... En cas de sinistre, elle prend en charge les réparations, voire le remplacement de vos biens.

Elle couvre :

- Le bâtiment (si vous êtes propriétaire)
- Le contenu : mobilier, multimédia nomades, électroménager, objets de valeur, bijoux, vêtements, ... que vous soyez locataire ou propriétaire

Et parce que chaque foyer est unique, votre contrat peut être ajusté selon vos besoins spécifiques : panneaux solaires, objets de loisirs, mobilité durable, instruments de musique, cave à vin, ... Le tout accompagné d'un service d'assistance disponible 24h/24, 7j/7.

L'assurance solde restant dû : sécurisez votre prêt, protégez vos proches

Souscrire un prêt immobilier, c'est s'engager dans un projet de vie. Mais que se passe-t-il en cas de décès ou d'invalidité totale et permanente ?

L'assurance solde restant dû prend alors le relais. Elle rembourse à la banque tout ou une partie du capital restant dû, selon la couverture choisie.

Résultat : vos proches sont protégés. Ils peuvent conserver le bien sans avoir à assumer une charge financière imprévue, parfois insurmontable.

Un duo complémentaire pour une tranquillité durable

Ces deux assurances, bien que distinctes, sont **parfaitement complémentaires** :

- L'assurance habitation vous couvre contre les incidents matériels du quotidien ;
- L'assurance solde restant dû vous protège ainsi que vos proches face à des événements plus graves et durables.

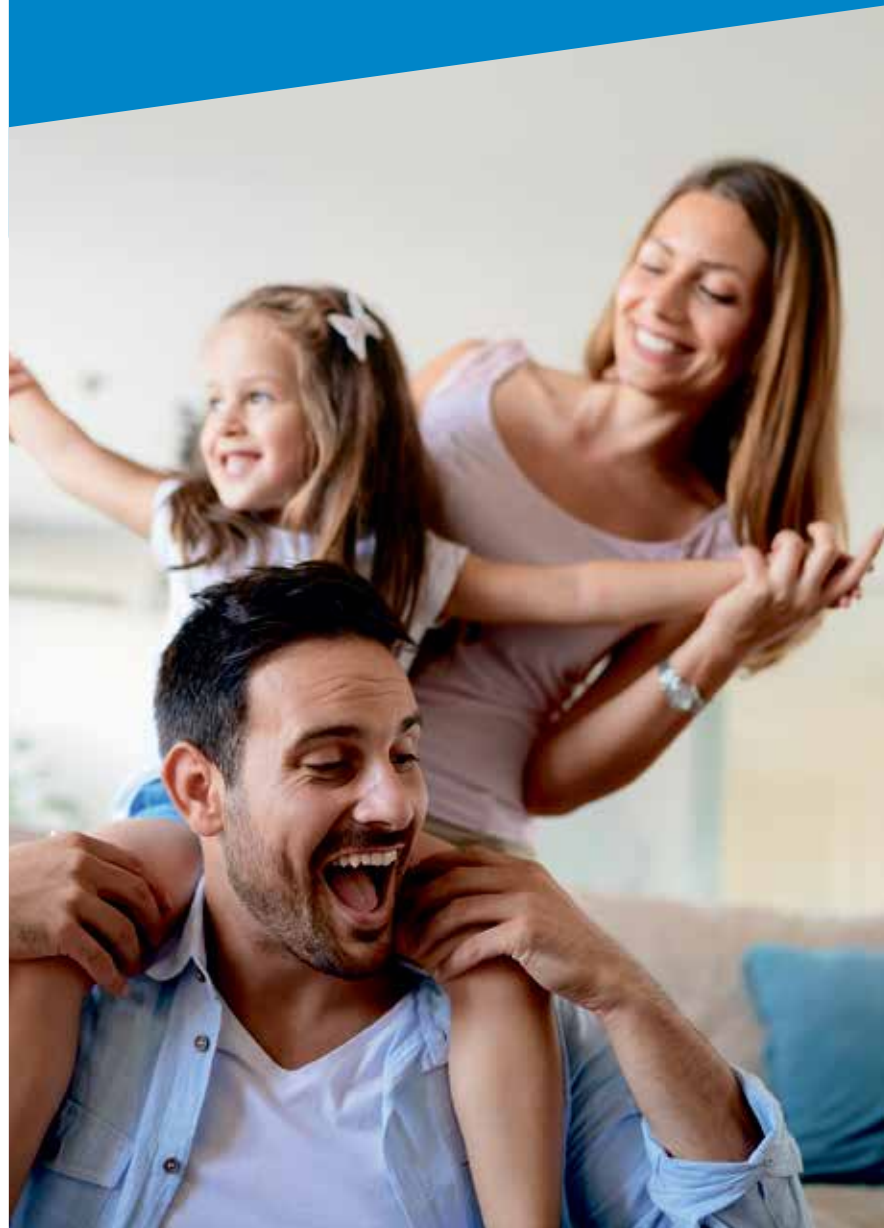
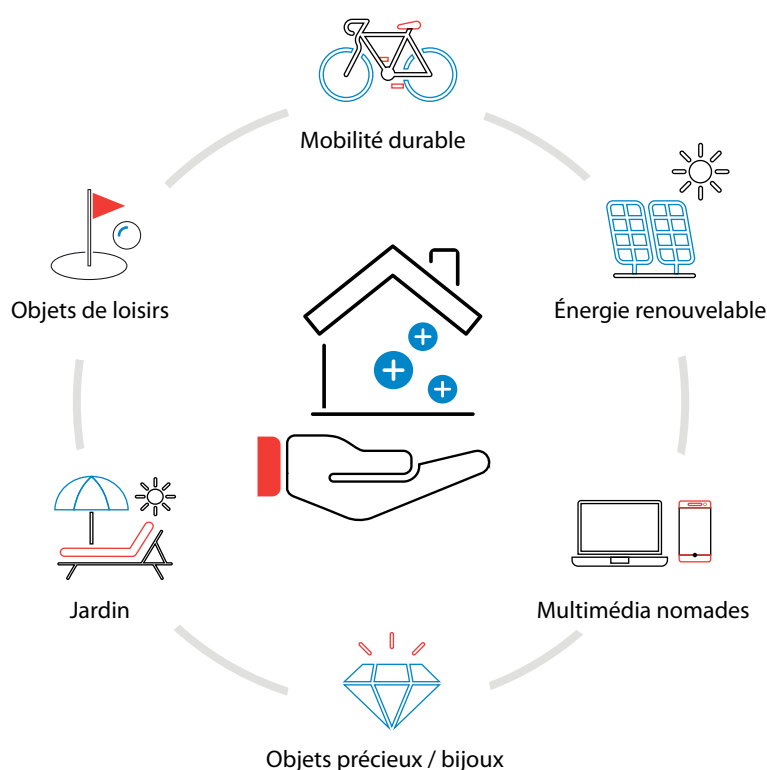
Ensemble, elles forment une couverture complète.

Quelques conseils pour bien s'assurer

- **Faites un inventaire précis** : une sous-évaluation de votre contenu pourrait limiter votre indemnisation.
- **Adaptez les garanties à votre mode de vie** : objets précieux, télétravail, activités à domicile, enfants, animaux domestiques... chaque situation mérite une revue du contrat.
- **Réévaluez vos besoins régulièrement** : un déménagement, un mariage, une naissance ou un changement professionnel peuvent changer vos besoins.

Souscrire une assurance, c'est avant tout faire preuve de prévoyance. Que vous habitez depuis des années dans le même logement ou que vous venez d'en acquérir un, ces deux assurances sont là pour vous offrir la sérénité. Face aux imprévus de la vie, mieux vaut être préparé que pris au dépourvu.

N'hésitez pas à parler de vos projets avec un chargé de clientèle de CGFP Assurances, nous sommes là pour vous aider dans vos démarches en assurances.



CGFP assurances offre aux membres CGFP et à leur famille proche une **protection optimale à des conditions avantageuses**.

CGFP Assurances a été fondée en 2012 par la compagnie d'assurances Baloise Luxembourg et CGFP Services a.s.b.l.

N'hésitez pas à nous contacter pour tout conseil en assurances :

CGFP Assurances SA
18, rue Erasme, L-1468 Luxembourg
T +352 27 04 28 01
info@cgfp-assurances.lu
www.cgfp-assurances.lu

CGFP
Assurances



Sozialwahlen im öffentlichen Dienst

CGFP erringt die absolute Mehrheit

Die CGFP geht als eindeutiger Gewinner der Sozialwahlen im öffentlichen Dienst hervor. Sie konnte ihre Vormachtstellung auf eine eindrucksvolle Art und Weise behaupten. Von den 24 Sitzen, die dem Staatsdienst in der „Chambre des fonctionnaires et employés publics“ (CHFEP) vorbehalten sind, entfallen 23 Direktmandate auf die CGFP. 95,8 % der Stimmen gehen somit auf ihr Konto. Nach diesem Triumph setzt sich die CGFP-Success Story unvermindert fort.

Die Wahlbeteiligung liegt bei rund 60 %. Die Teilnahme ist fast doppelt so hoch, wie dies z.B. üblicherweise bei den Berufskammerwahlen im Privatsektor der Fall ist. In einigen Gruppen, die sich auf den öffentlichen Dienst beziehen, sah sich die CGFP mit einer oder mehreren Konkurrenzlisten konfrontiert. Insgesamt konnte sie ihre führende Position verteidigen beziehungsweise ausbauen (siehe Kasten). In den restlichen vier Gruppen waren die CGFP-Kandidaten von vornherein für gewählt erklärt worden, da hier keine Gegenliste eingereicht worden war.

„CGFP bleibt unbestreitbare Nummer eins“

CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff zeigte sich in einer ersten Reaktion erfreut über das Wahlergebnis: „Wir haben unser gestecktes Ziel erreicht: Die CGFP bleibt die unbestreitbare Nummer eins im öffentlichen Dienst.“ CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger fügte hinzu: „Nach ihrem Erdrutschsieg bleibt die CGFP auch in den kommenden fünf Jahren der exklusive Ansprech- und Verhandlungspartner der Regierung, wenn es um Anliegen von allgemeinem Interesse geht, die den Staatsdienst betreffen.“ Die Ergebnisse der Berufskammerwahlen, die alle fünf Jahre stattfinden, sind für die CGFP von größter Bedeutung. Die nationale Repräsentativität der CGFP im Staatsdienst ist an den Wahlausgang gekoppelt.

Aus Sicht der CGFP gibt es eine weitere erfreuliche Nachricht zu vermelden: In der Gruppe 9, die dem Kommunalsektor vorbehalten ist, gehen vier der fünf Direktmandate an ihren langjährigen Kooperationspartner FGFC, der Gewerkschaft des Gemeindepersonals. Die künftige Berufskammer der öffentlich Bediensteten wird sich aus 29 direkt gewählten Vertretern

(und ebenso vielen Stellvertretern) zusammensetzen: 27 davon gehören der CGFP und der FGFC an. Insgesamt waren rund 65.000 aktive und pensionierte Stimmberechtigte aufgefordert, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Die CGFP bedankt sich bei allen Wählern und Wählerinnen für ihr Vertrauen. Ein großer Dank gilt auch den CGFP-Kandidatinnen und Kandidaten für ihren unermüdlichen Einsatz während der gesamten Wahlkampagne.

Der überwältigende CGFP-Sieg beruht auf mehreren Faktoren. „Der Wählerwille ist zudem ein klares Bekenntnis zu einer starken Einheitsgewerkschaft im öffentlichen Dienst“, hieß es in einer CGFP-Pressemitteilung nach der Bekanntgabe der Wahlergebnisse. Hinzu kommt, dass die „Chambre des fonctionnaires et employés publics“ mit einer nie dagewesenen Kampagne über mehrere Wochen die Wählerinnen und Wähler mobilisiert hatte, damit diese ihre Stimme abgeben. Auch die CGFP hatte eine breit gefächerte Kampagne gestartet, um ihre Kernbotschaften zu verbreiten.

Doch all dies reicht nicht aus, um das hervorragende Abschneiden der CGFP zu erklären. Ausschlaggebend sind die Personen, die die CGFP ausmachen. Das klare Wahlergebnis ist der Beleg dafür, dass die von der CGFP geleistete Arbeit im Interesse aller Staatsbediensteten geschätzt wird.

„Fir eng Zukunft, déi zielt“

Die CGFP wird sich nicht im Erfolg suhlen. Das von den Wählerinnen und Wählern geschenkte Vertrauen ist für die CGFP ein zusätzlicher Ansporn, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Getreu ihrem aussagekräftigen Wahlslogan „Fir eng Zukunft, déi zielt“ nimmt die CGFP ihre bedeutende Rolle als verlässlicher und vernünftiger Sozialpartner wahr.

Bereits einen Tag nach der Veröffentlichung der Wahlergebnisse tagte der CGFP-Nationalvorstand und richtete sofort den Blick auf die künftigen Herausforderungen. Unmittelbar danach legte die CGFP auf einer Pressekonferenz ihre Ansichten zur geplanten Steuerreform dar und zog eine kritische Bilanz über den Ablauf der Renten- und Pensionsdiskussionen (Siehe dazu auch die Seiten 8 bis 11).

Auch in den kommenden fünf Jahren wird die CGFP ihre Hände voll zu tun haben. An Herausforderungen mangelt es nicht. Die „Roadmap“ für die kommenden Monate steht bereits fest. In erster Linie wird die CGFP ihren Kampf für mehr Steuergerechtigkeit fortsetzen und darauf pochen, dass ihre diesbezüglichen Kernforderungen berücksichtigt werden. Im Zuge der Diskussionen zur Altersvorsorge wird sich die CGFP für eine Stärkung der ersten Säule (öffentliche Pension) ein-

setzen, um somit der Altersarmut vorzubeugen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Umsetzung des geltenden Gehälterabkommens. Die CGFP wird darüber wachen, dass die mit der Regierung getroffenen Vereinbarungen integral umgesetzt werden. Letztendlich wird sich die CGFP vehement dafür einsetzen, dass wichtige soziale Errungenschaften, wie z.B. der bewährte Indexmechanismus nicht angetastet werden.

ml



Die Wahlergebnisse im Überblick

GRUPPE 6 (GRUNDSCHULE):

Die Lehrergewerkschaft SNE-CGFP gewinnt den vor fünf Jahren verlorenen Sitz zurück und findet somit mit ihren zwei Mandaten zur alten Stärke zurück.

GRUPPE 5 (HOCHSCHULWESEN):

Die Féduse/Enseignement-CGFP verteidigt die zwei zu vergebenden Sitze erfolgreich.

GRUPPE 3 (MITTLERE LAUFBAHN B1):

Die drei CGFP-Fachverbände AGC, SPFP und FGEC, die sich zu einer gemeinsamen Liste zusammengeschlossen hatten, erhalten alle vier Sitze.

GRUPPE 4 (UNTERE LAUFBAHNEN C UND D):

Die CGFP erhält sämtliche sieben Mandate.

Wählergruppen, in denen mangels Gegenlisten nicht gewählt wurde

GRUPPE 7 (STAATSANGESTELLTE UND FREIWILLIGE DER ARMEE):

Die drei Sitze gehen an die gemeinsame Liste von AEE-CGFP (Fachverband der Staatsangestellten) und APBCEE (CGFP-Berufsorganisation des Sparkassenpersonals).

GRUPPE 1 (LAUFBAHN A1):

Die neu gegründete CGFP-Mitgliedsorganisation UFP (Universitaires auprès de la Fonction Publique) verbucht alle drei Sitze.

GRUPPE 2 (LAUFBAHN A2):

Der einzige Sitz geht an die gemeinsame Liste der beiden CGFP-Fachverbände AGC und AGITE.

GRUPPE 10 (KULTUS):

Auch hier geht der einzige zu vergebende Sitz an die CGFP.



CGFP-Pressekonferenz

CGFP sendet deutliche Signale an die Politik

Unmittelbar nach den Sozialwahlen und der anschließenden Sitzung des Nationalvorstandes stellte die CGFP bei einer Pressekonferenz am vergangenen 25. April ihre zentralen Forderungen zur geplanten Steuerreform vor. Zudem setzte sie sich kritisch mit dem Ablauf der Renten- und Pensionsdiskussionen sowie mit verfassungswidrigen Privatisierungstendenzen in sensiblen Bereichen wie der öffentlichen Gesundheit auseinander.

Im Juli will die CSV-DP-Koalition die Eckpunkte der angepeilten Steuerreform vorlegen. Bislang war wenig Konkretes über die wahren Absichten der Regierung in Erfahrung zu bringen. Das hat die CGFP jedoch nicht davon abgehalten, ihre Kernforderungen der Öffentlichkeit darzulegen.

Seit jeher tritt die CGFP für mehr Fairness in Steuerfragen ein. Gefordert wird in erster Linie eine spürbare Entlastung der Privathaushalte. Im Vergleich zu den Arbeitnehmern werde das Kapital immer noch zu niedrig besteuert, unterstrich CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff. Diesbezüglich gebe es dringenden Handlungsbedarf. Allein in den Jahren 2002 bis 2013 sei die Steuerlast der Unternehmen um 18 % gestiegen. Im gleichen Zeitraum sei bei den Privathaushalten eine Zunahme von 162 % (!) festzustellen. Die Betriebe würden derzeit nur ein Viertel der Steuerlast schultern. Die restlichen

75 % müssten die Bürger stemmen, so Wolff.

Im Falle einer Abschaffung der bisherigen Steuerklassen darf diese nicht zu neuen Ungerechtigkeiten führen, lautete eine weitere CGFP-Kernbotschaft. Verheiratete Personen und Paare in eingetragener Lebenspartnerschaft dürfen keine finanziellen Nachteile erfahren. Die CGFP spricht sich für eine Übergangsphase aus, um Härtefälle zu vermeiden und sicherzustellen, dass niemand zusätzlich belastet wird.

Weitere CGFP-Forderungen sind die automatische Anpassung der Steuertabelle an die Inflation und die Einführung weiterer Steuerstufen zur Abflachung des sogenannten „Mittelstandsbockel“. Die Freibeträge für Sonderausgaben, die jahrzehntelang stagnierten, sollen verdreifacht werden.

Die CGFP ist zudem der Ansicht, dass in der Wohnungsbaupolitik zusätz-

liche steuerliche Maßnahmen zur Entlastung der Mittelschicht erforderlich sind. So soll z.B. beim Abschließen eines Bausparvertrags die Altersbegrenzung (bis zum 40. Lebensjahr) abgeschafft werden. Im Gegensatz zu früher würden heute viele junge Menschen später ins Berufsleben einsteigen, so Romain Wolff. Außerdem erstreckte sich die Rückzahlung des Kredits über einen längeren Zeitraum als dies früher der Fall gewesen sei. Aus all diesen Gründen sollte das bestehende Höchstalter aufgehoben werden.

Appell an den Finanzminister

Schließlich setzt sich die CGFP dafür ein, dass der stark ermäßigte Mehrwertsteuersatz (3 %) bei der Anschaffung einer Erstwohnung, die man selbst bezieht, von 50.000 auf 100.000 Euro erhöht wird. Ausdrücklich begrüßt wird, dass der sogenannte „bëllegen Akt“ bei Erstwohnungen auch künftig beibehalten wird. Die Regierung erfüllt somit eine langjährige CGFP-Forderung.

Anlässlich ihrer jüngsten Pressekonferenz brachte die CGFP erneut die Einführung einer Robotersteuer ins Spiel. Im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung werden bestehende Arbeitsstellen

verschwinden. Die Sozialabgaben, die dadurch entfallen, müssen kompensiert werden, damit die Finanzierung des Sozialsystems nicht ins Wanken gerät.

Dem Vernehmen nach ist der Finanzminister bei der geplanten umfassenden Steuerreform darum bemüht, einen Konsens mit den Sozialpartnern zu finden. Es werde sich erst zeigen müssen, ob dieser Vorsatz ernst gemeint sei, hieß es in der CGFP-Pressemitteilung. „Wir wollen ein deutliches Signal senden“, stellte der CGFP-Nationalpräsident gegenüber den Journalisten klar. Inzwischen hat die CGFP dem Finanzminister schriftlich mitgeteilt, dass sie bei der Ausarbeitung der globalen Steuerreform sofort mit eingebunden werden möchte.

Schwätz mat – a bleif doheem!

Neben der Steuerreform setzte sich die CGFP auch mit den Diskussionen über die künftige Ausrichtung der Altersvorsorge kritisch auseinander (siehe dazu auch die Seiten 8 bis 11). In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass die Regierung nähere Einzelheiten dazu vor den Sommerferien vorlegen wird. Nach der „Schwätz mat“-Kampagne und den Expertenrunden sei



man nicht schlauer geworden, bilanzierte Wolff: „D'Ministesch huet ausser Moien an Äddi näischt zum Inhalt gesot.“ Und weiter: „Ech kann net gleewen, dass d'Regierung elo nach net weess, wat si ëmsetze wëll.“

Der Renten- und Pensionsdiskurs sei eine „unwürdige Scheindebatte“ gewesen, hieß es weiter. Bedauerlicherweise sei im Vorfeld immer wieder versucht worden, die Generationen sowie den Staatsdienst und die Privatwirtschaft gegeneinander auszuspielen. Dies schade dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der vermeintlich partizipative Prozess sei gescheitert. Die Regierung habe es bei der Online-Befragung nicht geschafft, die Bürger wirklich einzubinden. Die im Rahmen der „Schwätz mat“-Kampagne eingegangenen Antworten seien keineswegs repräsentativ.

Auch in der Pensionsdebatte vertritt die CGFP eine klare Linie. Eine Heraufsetzung des gesetzlichen Renteneintrittsalters (65 Jahre) kommt für sie nicht infrage. Die Studienjahre müssen nach wie vor bei dessen Berechnung einfließen. Inzwischen vertritt auch die Regierung diesen Standpunkt. Die CGFP ist zudem der Ansicht, dass die erste Säule (öffentliche Altersvorsorge) gefördert werden muss. Die im „Fonds de compensation“ angelegten Reserven stellen einen Puffer dar, der nicht für andere Ausgaben missbraucht werden darf. Wolff wies zum wiederholten Mal darauf hin, dass die Pensionsreform in den Wahlprogrammen der Parteien unerwähnt blieb. Dies sei unehrlich gegenüber den Wählern.

Die Sozialministerin scheint mit den Diskussionen über die künftige Ausrichtung der Altersvorsorge nicht ausgelastet zu sein, hieß es bei der CGFP-Pressekonferenz. Scharf kritisiert wurden die jüngsten Privatisierungstendenzen im Gesundheitsbereich.

Konkret geht es um die Schaffung von zwei öffentlichen Einrichtungen. Zum einen soll eine Agentur für Arzneimittel und Gesundheitsprodukte gegründet werden. Diese soll über die Qualität und Sicherheit der Medikamente wachen. Zum anderen soll ein nationales Vertriebs- und Logistikzentrum ins Leben gerufen werden, um die Versorgungssicherheit in Luxemburg zu gewährleisten.

Nicht verfassungskonform

Gegen die Zielsetzung beider Entitäten ist nichts einzuwenden. Für die CGFP ist es jedoch inakzeptabel, dass die Belegschaft in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis stehen soll. Die Regierung versucht, dieses Vorgehen mit einer fragwürdigen Begründung zu rechtfertigen. Im Gesetzentwurf zur Schaffung der Agentur für Arzneimittel und Gesundheitsprodukte heißt es z.B. in den Bemerkungen zu den Artikeln: „Si l'agence veut pouvoir compter sur le personnel hautement qualifié, il est nécessaire de pouvoir adapter les modalités de rémunération à la réalité du secteur de provenance.“ Daraus lasse sich schließen, dass die Gehälter beim Staat nicht attraktiv genug seien, bemerkte der CGFP-Nationalpräsident.

Zugleich wurde beanstandet, dass die Berufskammer bei der geplanten Einführung einer nationalen Einkaufs- und Logistikzentrale überhaupt nicht konsultiert worden sei. „Sieht so der Sozialdialog aus, den die Regierung gerne zur Schau stellt?“, empörte sich Romain Wolff. Die Berufskammer habe auf eigene Initiative ein Gutachten verfasst.

Die CGFP beantragt ein Dringlichkeits-treffen mit der zuständigen Ministerin. An die politischen Entscheidungsträger geht zudem der eindringliche Appell, die Gesetzentwürfe 8399 und 8491 sofort zurückzuziehen, da diese nicht verfassungskonform sind.



Laut Artikel 41 des Grundgesetzes unterliegen die Missionen im Bereich der öffentlichen Gesundheit dem staatlichen Kompetenzbereich: „L'État garantit la protection de l'environnement humain et naturel, en oeuvrant à l'établissement d'un équilibre durable entre la conservation de la nature, en particulier sa capacité de renouvellement, ainsi que la sauvegarde de la biodiversité, et la satisfaction des besoins des générations présentes et futures.“

Solche sensiblen Bereiche dürfen keineswegs den Lobbyisten überlassen werden. Letztere versuchen allzu gerne Einfluss auf Politik und Gesundheit zu nehmen. Ihre Macht muss jedoch eingeschränkt werden. Gerade in diesen Bereichen tritt die CGFP für eine absolute Transparenz bei den Entscheidungsprozessen ein. Nur so kann die Gefahr des Klientelismus gebannt werden. Bereits in den vergangenen Jahren hat die CGFP den schleichenden Privatisierungstendenzen die Stirn geboten. Sie ist fest dazu entschlossen, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Als Universaldienstleister und Garant des gesellschaftlichen Zusammenhalts darf der Staatsdienst nicht auf reinen Rentabilitätskriterien beruhen.

Unter Berücksichtigung all dieser Überlegungen fordert die CGFP, dass die oben erwähnten Dienstleistungen in eine staatliche Verwaltung eingegliedert werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass Aufgaben, die bislang von der staatlichen Gesundheitsdirektion wahrgenommen wurden, in eine öffentliche Einrichtung mit privatrechtlichen Kriterien übertragen werden.

Gegen eine Verwässerung der Mehrsprachigkeit

Erfreut zeigte sich die CGFP darüber, dass die Gesetzentwürfe, die sich auf die im Gehälterabkommen ausgehandelten Punktwertsteigerungen beziehen, die Zielgerade erreicht haben. hieß es in einem CGFP-Newsletter. Mit Genugtuung wurde festgestellt, dass jetzt auch die Harmonisierung der unteren staatlichen Laufbahnen endlich stattfindet. (Anm. d. Red.: Die entsprechenden Gesetzentwürfe wurden am 30. April im Parlament verabschiedet. Siehe dazu auch die Seite 11).

Bei anderen Punkten des jüngsten Besoldungsabkommens lässt jedoch die Umsetzung weiterhin zu wünschen übrig. Diese Tatsache wurde anhand eines konkreten Beispiels veranschaulicht. Die CGFP hatte sich mit der Regierung darauf verständigt, dass die Staatsangestellten

in Zukunft bereits nach 12 Dienstjahren (statt nach 20 Jahren) ins Pensionssystem der Beamten wechseln können. Sie können zudem durch ein Examen schon nach zehn, statt nach 15 Jahren verbeamtet zu werden.

Als die Regierung den entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt hatte, stellte die CGFP jedoch mit Schrecken fest, dass die erforderlichen Sprachkenntnisse verwässert werden sollen. So soll künftig nur noch Luxemburgisch und nicht mehr Deutsch und Französisch verlangt werden. Die CGFP widersetzt sich dem kategorisch. Luxemburg wäre schlecht beraten, seine Mehrsprachigkeit aufzugeben. Hinzu kommt, dass jede Verwaltung angewiesen ist, in der Sprache zu antworten, in der sie angeschrieben worden ist.

„Das war nicht Bestandteil der Verhandlungen“, ärgerte sich Romain Wolff. Die CGFP setze sich entschieden dagegen zur Wehr. An die Politik ging zudem der Aufruf, die Homeoffice-Neuregelung zu verabschieden, damit die Telearbeit im Staatsdienst nach der Pandemie endlich wieder eine gesetzliche Grundlage erhält.

Max Lemmer





Diskussionen über die künftige Ausrichtung der Altersvorsorge

Eine Debatte, die keine ist

Der von der Regierung in der Renten- und Pensionsdebatte vorgetäuschte Bürgerdialog erfüllt lediglich eine Alibi-Funktion. Die ganze Herangehensweise erinnert zunehmend an ein taktisches Manöver, mit dem die Regierung versucht, davon abzulenken, dass sie über keinen Wählerauftrag für eine mögliche Reform verfügt.

Die Bilanz der von der Regierung initiierten Kampagne „Schwätz mat“ sieht äußerst mager aus. Das Ziel, die Bürger massiv einzubinden, wurde verfehlt. Lediglich 2.000 der mehr als 600.000 Einwohner Luxemburgs haben sich zu Wort gemeldet. Diese Teilnehmerzahl spricht Bände und ist alles andere als repräsentativ. Zudem haben sich rund 800 der insgesamt 2.000 Wortmeldungen vom Inhalt her kaum unterschieden.

Aufgrund der eingereichten Antworten wählte die Regierung drei Themen für eine Online-Umfrage aus. Die Vorgehensweise erweckte den Eindruck, dass gezielt versucht wurde, die Gesellschaft zu spalten. Die jüngeren und älteren Generationen wurden gegeneinander ausgespielt. Außerdem wurden der öffentliche Dienst und die Privatwirtschaft aufeinandergehetzt.

Nur 6.700 Bürger besuchten die Online-Plattform. Bei dieser enttäuschenden Bilanz fällt auf, dass die jüngere Genera-

tion weitestgehend kein Interesse an der Befragung zeigte. Am besten vertreten waren diejenigen, die der Altersgruppe zwischen 50 und 59 Jahren angehören.

Die Ergebnisse dieser Umfrage waren nicht bindend. Sie dienten der Regierung lediglich als Anstoß zur Debatte. Die Einbindung der Bürger wäre weitaus nützlicher gewesen, wenn die politisch Verantwortlichen zuvor den Rahmen für eine mögliche Reform gesteckt hätten.

„Eine inszenierte Show“

Die Renten- und Pensionsdebatte ist bei Weitem nicht so transparent, wie es die schwarz-blaue Koalition öffentlichkeitswirksam darzustellen versucht. An dieser Stelle sei daran erinnert, dass die Sozialministerin die Gewerkschaften dazu angewiesen hatte, ihre Stellungnahmen nicht demonstrativ in der Presse, sondern im Idealfall mit der Regierung darzulegen. Mit diesem ungeschickten Einwurf

hat sich die politische Quereinsteigerin selbst keinen Gefallen getan.

Im Zuge der „Schwätz mat“-Kampagne organisierte die Regierung drei sogenannte Expertenrunden. Eingeladen waren neben den Sozialpartnern auch Vertreter der Parteien und der Zivilgesellschaft. Die drei Treffen, die Raum für einen konstruktiven Dialog bieten sollten, seien in Wirklichkeit „eine inszenierte Show, deren Drehbuch bereits im Vorfeld geschrieben zu sein scheint“, hieß es in einer gemeinsamen Pressemitteilung der drei national repräsentativen Gewerkschaften, darunter die CGFP.

Alles sei perfekt eingespielt: sorgfältig herausgewählte Schauspieler, kalibrierte Dialoge und vor allem ein Endergebnis, das bereits in den Stein gemeißelt zu sein scheint, so die Kritik der drei größten Gewerkschaften. Die Regierung habe die willkürlich ausgewählten Experten den Gewerkschaften gleichgestellt. Dies stelle einen erneuten Angriff auf das luxemburgische Modell des Sozialdialogs dar und gefährde ernsthaft den sozialen Frieden. Mit dieser Vorgehensweise werde versucht, die Gewerkschaften auszugrenzen.

Merkwürdigerweise erwähnten die Leitmedien die gemeinsame Pressemitteilung mit keinem Wort. Stattdessen berichteten sie ausführlich über die Stellungnahmen der Jugendparteien und -organisationen. Handelt es sich dabei um einen seltsamen Zufall oder steckt etwa mehr dahinter?

Der Begriff „Expertenrunde“ war von Beginn an irreführend. Rund ein Drittel der Diskussionsteilnehmer waren junge Menschen. Die CGFP stellt deren Beteiligung keineswegs infrage, geht es doch um die Absicherung ihrer Altersvorsorge. Folglich ist es völlig normal, dass sie mit am Tisch saßen. Ohne jedoch das Engagement und das Interesse der Jugendvertreter schmälern zu wollen, bleibt die Renten- und Pensionsproblematik eine hochkomplexe Materie, die eine jahrelange Erfahrung voraussetzt, um als Fachmann auf diesem Gebiet zu gelten.

Lächerlich ist die Tatsache, dass den Gewerkschaften jeweils nur ein Vertreter pro Expertenrunde gestattet wurde. Als die CGFP den Antrag für einen zweiten Delegierten stellte, teilte die Ministerin mit, der Tagungstisch sei zu klein dafür! Letztendlich wurde der CGFP-Anfrage dennoch Folge geleistet.

Befremdend war auch der Ablauf dieser Expertenrunden, die von einer PR-Agentur gestaltet wurden. Den Diskussionsteilnehmern wurden jeweils 120 Sekunden (!) Redezeit gewährt, die anhand einer Sanduhr gemessen wurde. So erinnerte das Ganze an eine drittklassige TV-Quizsendung ohne Gewinneinsatz.

Widersprüchliche Vorgehensweise

Fragwürdig war auch die Auswahl der Themen. Rund die Hälfte der Stellungnahmen, die bei „Schwätz mat“ eingingen, waren deckungsgleich mit jenen der Gewerkschaften. Umso erstaunlicher ist es, dass diese Themen nicht für die Expertenrunden zurückbehalten wurden.

Stattdessen ging es bei der ersten Diskussionsrunde um die „Anpassung des Rentenalters“. Dabei hatte Sozialministerin Deprez noch zuvor in einem ihrer vielen ungeschickten „Teasern“ gegenüber der Presse behauptet, sie ziehe eine Änderung des Renteneintrittsalters nicht in Erwägung. Indem sie jedoch plötzlich „die Anpassungsfähigkeit des Rentenalters“ auf die Tagesordnung setzte, ging sie auf Konfrontationskurs mit den drei national repräsentativen Gewerkschaften. CGFP, LCGB und OGBL hatten im Oktober 2024 anhand konkreter Fakten darauf hingewiesen, dass eine Anhebung des Rentenalters nur kurzfristig zur finanziellen Absicherung der Altersvorsorge beitrage.

Gleich bei der ersten Expertenrunde jammerte die Arbeitgeberseite über das Pensionssystem, das ihrer Ansicht nach zu kostspielig sei. Sozialpolitik sei nicht mit der Rentenpolitik gleichzusetzen. Für diejenigen, die länger arbeiten, müssten steuerliche Vorteile geschaffen werden. Die Patronatsvertreter forderten außerdem, dass die Studentenjahre künftig nicht mehr in Betracht gezogen werden.



Die CGFP vertrat einen diametral entgegengesetzten Standpunkt. Sie unterstützte die Jugendvertreter in ihrer Forderung, die Anrechnung von Studienjahren beizubehalten. Zudem gab sie zu bedenken, dass es bei weitem nicht in allen Fällen machbar sei, die Menschen länger im Arbeitsprozess zu halten. Die Beschwerlichkeit der Arbeit sei ein entscheidender Faktor, der im Zusammenhang mit dem Rentenrecht stärker berücksichtigt werden müsse, stellte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff klar.

Die von der Regierung geplante Förderung der Zusatzrenten dürfe das Umlagesystem und den Generationenvertrag in keiner Weise infrage stellen, lautete eine weitere Kernbotschaft der CGFP. Menschen, die bereits finanzielle Schwierigkeiten hätten, seien nicht in der Lage, Beiträge für eine Zusatzrente zu zahlen, die zudem auch noch besteuert werde.

Milchschaum mit Schokolade für die Wohlhabenden

Beim RTL-Neujahrsinterview schwärmte der Premierminister vom sogenannten „Cappuccino-Modell“, bei dem sich die privaten Zusatzrenten wie „Milchschaum und Schokolade auf dem Kaffee“ (=Grundrente) auswirken. Die Idee mag auf den ersten Blick einleuchtend erscheinen: Geld anlegen, um später eine höhere Rente als die gesetzliche zu beziehen.

Die Sache hat allerdings einen Haken. Von den rund 500.000 Arbeitnehmern, die es zurzeit in Luxemburg gibt, verfügt nur ein Bruchteil (15 %) über eine betriebliche Zusatzpension. Insbesondere in jenen Berufssparten, in denen geringere Löhne ausgezahlt werden, ist die betriebliche Zusatzrente kaum vorzufinden. Ein völlig anderes Bild ergibt sich in der Versicherungs- und Finanzbranche. Hier ist jeder zweite Arbeitnehmer über eine Zusatzrente abgesichert.

Bei der privaten Zusatzrente (dritte Säule), die jeder abschließen kann, stellt man bei näherem Betrachten fest, dass sich dieses Modell nicht für jeden bezahlt macht. Paradoxiertweise sind vor allem wohlhabende Rentner daran interessiert, sich über eine private Zusatzrente abzusichern. Sie können dies auf ihrer Steuererklärung angeben und sparen somit Steuern. Das „Cappuccino-Modell“, das der Premierminister den Luxemburgern so gerne schmackhaft machen will, ist für viele Menschen ungeeignet. Lediglich die gut betuchten Bürger kommen in den Genuss von Milchschaum und Schokolade.

Zum Abschluss der ersten Expertenrunde schlußfolgerte die zuständige Ministerin, dass ein Konsens darin bestehe, Anreize zu schaffen, damit jene Arbeitnehmer, die länger arbeiten möchten, dies auch auf freiwilliger Basis tun könnten. Abschließend meinte Ministerin Deprez, sie erhebe nicht den Anspruch der Repräsentativität. Diese Bemerkung bezog sich auf eine Kritik, die zuvor CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff geäußert hatte.

Nichts als leere Floskeln

Während der zweiten Expertenrunde zum Thema „Fairness im Rentensystem“ ging bei der Vorstellung der Umfrageergebnisse die Rede von „den hohen Pensionen“ bei den öffentlich Bediensteten. Diese einseitige und nicht wahrheitsgetreue Darstellung veranlasste CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger dazu, mit fachkundigen Argumenten dagegengzuhalten.

Der CGFP-Vertreter zeigte sich erstaunt darüber, dass ausgerechnet in einer Expertenrunde anscheinend niemand

bemerkt habe, dass bereits vor 26 Jahren (!) eine Reform im Staatsdienst vollzogen worden sei. Seitdem würden die Pensionen weitgehend auf der gleichen Grundlage wie die Renten im Privatssektor berechnet.

Bis 1999 sei in der Tat eine andere Berechnungsformel im öffentlichen Dienst angewandt worden, fuhr Steve Heiliger fort. Der Unterschied sei damals als Ausgleich für die bescheidenen Gehälter beim Staat zu verstehen gewesen, die in den 50er-, 60er-, 70er- und sogar noch in den 80er-Jahren ausgezahlt worden seien. Der CGFP-Generalsekretär war dermaßen erbost, dass er die ihm erteilte Redezeit unter dem kritischen Blick des Moderators nicht einhielt.

Die dritte und letzte Expertenrunde fand am 24. April statt. Dieses Mal stand die „Nachhaltigkeit des Rentensystems“ im Fokus. Die CGFP begrüßt es, dass die Regierung nähere Einzelheiten über den Ausgleichsfonds lieferte. Ansonsten gab es jedoch nichts Neues zu vermelden.

Die zuständige Ministerin beschränkte sich auf Begrüßungsfloskeln und vage Schlussfolgerungen. CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff pochte u.a. darauf, dass die Renten- und Pensionsanpassung an die reale Lohnentwicklung (Réajustement) nicht infrage gestellt werden dürfe. Zudem betonte er, dass die CGFP nach wie vor zu dem Gutachten stehe, das die drei größten Gewerkschaften im Rahmen des „Conseil économique et social“ gemeinsam ausgearbeitet haben.

Bereits im Vorfeld der Expertenrunden hatte eine Parlamentsdebatte zum Thema Renten- und Pensionen stattgefunden. Bezeichnend für die mangelhafte Transparenz der Regierung ist, dass die Fraktionen und politische Sensibilitäten nur 24 Stunden vor dem Beginn der Debatte einen Datenzugriff zu wichtigen Informationen erhielten. Den Abgeordneten blieb somit keine Zeit, um sich gewissenhaft vorzubereiten. Dieses Verhalten zeugt von der Respektlosigkeit gegenüber der Legislative.

Keine gemeinsame Linie im Mehrheitslager

Wer einen lebhaften und kontroversen Schlagabtausch im Parlament erwartet hatte, wurde enttäuscht. Die Debatte verlief brav und diszipliniert, so als ob jeder eine bestimmte Rolle zugeordnet bekommen hätte. Im Deutschen Bundestag, in der französischen Assemblée nationale oder dem britischen House of Commons wäre ein so reibungsloser Ablauf bei einem solch wichtigen Thema unvorstellbar. Weitestgehende Einigkeit herrschte darüber, dass die auf dem Generationenvertrag beruhende erste Säule nicht infrage gestellt werden darf. Mit Ausnahme der ADR stimmten die Parteien darüber ein, dass keine Änderungen am gesetzlichen Renteneintrittsalter vorgenommen werden dürfen.

Enttäuschend ist, dass die Mehrheitsparteien das notwendige „Leadership“ vermissen ließen. Die sechsstündige Redezeit, die ihnen erteilt wurde, wäre die perfekte Gelegenheit gewesen, ihre Sicht der Dinge offen darzulegen und somit für mehr Klarheit zu sorgen. Eine gemeinsame Linie in der Rentenfrage war jedoch auch nach der Debatte immer noch nicht zu erkennen.

Bei der CSV war man darum bemüht, keine verbindlichen Aussagen im Vorfeld der von Ministerin Deprez geplanten Konsultationen zu machen. Dafür tauchte die leidige Wachstumsdebatte nach langjähriger Abstinenz wieder auf. Jährlich müssten 18.000 neue Arbeitsplätze entstehen, um die Altersvorsorge in ihrer jetzigen Form nachhaltig abzusichern. Der

CSV-Sprecher warf dabei scheinheilig die Frage auf, ob so viel Wachstum überhaupt erwünscht sei.

Die DP, die sich bislang in der Renten- und Pensionsdebatte in Zurückhaltung übte, tut sich nach wie vor schwer damit, klare Kante zu zeigen. Wohin soll die Reise führen? Die Liberalen scheinen mit sich selbst zu hadern.

„Eine politische Maskerade“

Am Ende der öffentlichen Sitzung ließ die Ministerin alle Optionen offenstehen. Zurzeit stehe noch nicht fest, wie der ganze Prozess ausgehen werde. Die Frage, ob eine Gesetzesänderung für eine umfassende Reform ins Auge gefasst werde, blieb erneut unbeantwortet.

Etwas aufschlussreicher waren die Aussagen auf Oppositionsseite. déi Lénk waren die einzige Partei, die anhand von konkreten Zahlen ausgerechnet hat, welche finanziellen Auswirkungen ihre Vorschläge haben würden.

Anlässlich einer Pressekonferenz am vergangenen 25. April (siehe dazu auch

die Seiten 6 und 7) wiederholte die CGFP, was sie bereits Ende des vergangenen Jahres auf ihrer Vorstandskonferenz betont hatte: Diese Regierung hat keinen Wählerauftrag für eine Renten- und Pensionsreform erhalten. Im 200-seitigen Koalitionsabkommen waren diesem Thema gerade mal fünf Sätze gewidmet. Darin hieß es u.a.: „La possibilité d’une promotion accrue du deuxième et troisième pilier de prévoyance vieillesse sera analysée, notamment par une amélioration des allègements fiscaux.“ Die Renten- und Pensionen waren während der gesamten Wahlkampagne nur ein Randthema. Den Parteien fehlte der Mut, das Thema offen anzugehen.

Dem Vernehmen nach will Sozialministerin Deprez die ersten Reformentwürfe im Juni ankündigen. Anschließend will sie sich im Herbst mit den Sozialpartnern darüber austauschen. Ohne diesen Gesprächen vorgreifen zu wollen, weist die CGFP nochmals mit Nachdruck darauf hin, dass Leis-

Fortsetzung siehe Seite 11



FONDATION
CGFP DE SECOURS

CGFP  **-SERVICES**

Wie kann man Gutes tun?

1. Mittels einer großzügigen Spende – gelegentlich oder regelmäßig – an das CGFP-Hilfswerk.
2. Zudem: Wenn Sie ein gutes oder weniger gutes Ereignis in Ihrer Familie oder in Ihrem Freundeskreis haben, dann können Sie Ihren Glückwünschen oder Ihrer Anteilnahme durch eine dem Anliegen entsprechende Spende an das CGFP-Hilfswerk Ausdruck verleihen.

Somit bekunden Sie aus Solidarität Ihre konkrete Verbundenheit mit vielen Bedürftigen dieser Welt.

Fondation CGFP de Secours

(agréée par arrêté grand-ducal du 19 octobre 1995)

CCPLLULL: LU46 1111 0733 4614 0000



(Die Geldspenden sind steuerlich absetzbar und werden dem Spender zertifiziert.)

Fortsetzung von Seite 9

tungskürzungen für sie keine Option darstellen.

„Wir prangern die politische Maskerade an, die nur darauf abzielt, die sozialen Errungenschaften der Beschäftigten zu schwächen“, hieß es in der gemeinsamen Pressemitteilung der drei national repräsentativen Gewerkschaften. Das

luxemburgische Modell des Sozialdialogs dürfe nicht auf dem Altar einer voreingenommenen Politik geopfert werden, die von den Realitäten der Arbeitnehmer abgekoppelt sei.

In Anbetracht der üppigen Rentenreserve in Höhe von mehr als 30 Milliarden Euro, wäre es möglich, in aller Ruhe sinnvolle Lösungen aus-

zuloten, statt im Hauruckverfahren unüberlegte Entscheidungen zu treffen, die sich danach bitter rächen und bleibenden Schaden anrichten. Der Sozialneid, den einige mit konstanter Bosheit schüren, darf sich nicht weiter ausbreiten.

Premierminister Luc Frieden nutzte bei seiner rund 90-minütigen Rede

zur Lage der Nation am vergangenen 13. Mai u.a. die Gelegenheit, um erste Einblicke in die geplante Renten- und Pensionsreform zu gewähren. Auch wenn vieles noch recht vage bleibt, zielt die Regierung auf Verschlechterungen ab. Eine erste Stellungnahme seitens der CGFP fiel äußerst kritisch aus (siehe Kasten).

Max Lemmer

Von wegen Sozialdialog



© Chambre des Députés

Anlässlich des „état de la nation“ enthüllte der Premierminister, dass die Zahl der beitragspflichtigen Jahre etappenweise erhöht werden soll. Die Laufbahn, die ein Beschäftigter absolvieren muss, um ein Anrecht auf die Pension zu erlangen, werde über mehrere Jahre hinweg jährlich stufenweise um jeweils drei Monate erhöht, hieß es. Mit anderen Worten: Die Arbeitnehmer müssen nach dem Inkrafttreten der angepeilten Reform länger arbeiten. Wie sich dies auf die Betroffenen konkret auswirken wird, ließ der Regierungschef offen. Die großen Leidtragenden werden die jüngeren Generationen sein. Sie müssen sich jetzt schon darauf einstellen, dass sie einige Jahre länger im Arbeitsprozess bleiben.

Nach monatelanger Hinhaltetaktik zeigt die Regierung jetzt also ihr wahres Gesicht, hieß es in einer CGFP-Pressemitteilung am 14. Mai: „Die CSV-DP-Koalition hat offenbart, dass sie sehr wohl für Verschlechterungen bei der Altersvorsorge eintritt, ohne auch nur ansatzweise andere ver-

nünftige Optionen wie z.B. alternative Finanzierungsquellen – abgesehen von der CO-2 Steuer – ernsthaft in Erwägung zu ziehen.

Die Befürchtungen der CGFP wurden somit bestätigt: Die wochenlange Scheindebatte erfüllte lediglich eine Alibifunktion. Die Reformpläne liegen

seit langem griffbereit in der Schublade. Der Gipfel ist, dass bei der Rede zur Lage der Nation immer wieder darauf verwiesen wurde, welch hohen Stellenwert der Sozialdialog genieße. Die Regierung regiere nicht im Alleingang, sie suche vielmehr den regelmäßigen Austausch, hieß es.

Die Realität sieht leider anders aus. Ein echter Sozialdialog bedeutet nicht nur zuhören, sondern Lösungen im Konsens erarbeiten. Bei den sogenannten Expertenrunden im Schloss von Burglinster herrschte ein breiter Konsens darüber, dass Anreize geschaffen werden sollten für jene Beschäftigten, die auf freiwilliger Basis länger arbeiten möchten. Die CGFP hatte zudem stets darauf gepocht, dass die finanziellen Mittel zurzeit ausreichend seien, um in Ruhe nach vernünftigen Lösungen zur langfristigen Absicherung der Renten- und Pensionssysteme zu suchen.

Von einer stufenweisen Heraufsetzung der beitragspflichtigen Jahre war in all diesen Gesprächen nie die Rede. Die jüngste Darstellung der Regierung anlässlich des „état de la nation“ kommt einer Verdrehung der Tatsachen gleich. Mit den jüngsten Ankündigungen zur Pensionsreform hat die Regierung erneut vor den Bug geschossen und die im Herbst anstehenden Konsultationen schwer belastet.“

STELLUNGNAHMEN DER PARTEIEN ZUR REFORM DER ALTERSVORSORGE

Am vergangenen 19. März fand im Abgeordnetenhaus eine Konsultationsdebatte über die langfristige Tragfähigkeit des Renten- und Pensionssystems statt. Die Parteien konnten somit erstmals konkrete Vorschläge unterbreiten.

ERHÖHUNG DER RENTENBEITRÄGE

Für die CSV ist eine solche Erhöhung zur Absicherung des Rentensystems das „allerletzte Mittel“. Nach Ansicht der DP soll die Anhebung der Rentenbeiträge vermieden werden. Die ADR schlägt vor, die Rentenbeiträge innerhalb eines 10-jährigen Zeitraums um 0,1 % pro Jahr zu erhöhen. Die LSAP will neue Finanzierungsquellen schaffen, z.B. durch die Einführung einer Robotersteuer.

Auch für die Piraten sind neue Einnahmen für die Rentenkasse unumgänglich (Autobahnvignette, Steuer auf gesundheitsschädigende Lebensmittel sowie Alkohol und Zigaretten). déi Gréng erwägen zur Absicherung der Altersvorsorge u.a. eine Finanzierungssteuer bzw. die Besteuerung hoher

Kapitalgewinne. déi Lénk schließen eine Beitragserhöhung von 8 auf 9 % zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts nicht aus. Die Piraten treten für ein progressives Renteneintrittsalter ein, damit Fachkräfte länger im Arbeitsprozess bleiben.

ERHÖHUNG DES RENTENEINTRITTSALTERS

Für die CSV gibt es keinen Bedarf, das gesetzliche Renteneintrittsalter anzuheben. Die DP vertritt die gleiche Haltung. Die ADR schlägt vor, das Renteneintrittsalter über einen zwölf-jährigen Zeitraum um ein Jahr hochzuschrauben. Die Piraten sprechen sich für ein progressives Renteneintrittsalter aus, damit die Fachkräfte länger im Arbeitsprozess bleiben.

FÜR ODER GEGEN DIE ZUSAMMENLEGUNG DER RENTEN- UND PENSIONSSYSTEME

Die CSV sieht derzeit keinen Grund, das „régime général“ (Privatwirtschaft)

und die „régimes spéciaux“ (öffentlicher Dienst) zusammenzulegen. Die ADR will das Übergangsregime der Staatsbediensteten wie ursprünglich vorgesehen auslaufen lassen. déi Gréng plädieren hingegen dafür, das Pensionssystem im öffentlichen Dienst dem Rentensystem der Privatwirtschaft anzunähern. Die Piraten sind der Überzeugung, dass – ähnlich wie in der Privatwirtschaft – auch Reserven für die Pensionen der Staatsbediensteten angelegt werden sollen.

AUFHEBUNG DER RENTENBEITRAGS-DECKELUNG

Die DP meldet diesbezüglich Bedenken an. déi Gréng stehen einer Abschaffung ohne jegliche Gegenleistungen skeptisch gegenüber. déi Lénk sind der Meinung, dass der Beitragsdeckel ohne Anrecht auf zusätzliche Gegenleistungen außer Kraft gesetzt werden soll. Das gleiche System soll auch bei den öffentlich Bediensteten angewandt werden.

ERHÖHUNG DER MINDESTRENTE

Die DP lehnt eine allgemeine Erhöhung der Mindestrente ab. Die LSAP will die Mindestrente um 300 Euro anheben. Die ADR ist der Ansicht, dass die Mindestrente automatisch an die Armutsgrenze angepasst werden soll. déi Gréng möchten die Mindestrente um 400 Euro erhöhen. Auch die Piraten sind der festen Überzeugung, dass die Mindestrente zu niedrig ist.

ANRECHNUNG DER STUDIENJAHRE: JA ODER NEIN?

Die ADR spricht sich dafür aus, die Anrechnung der Studienjahre flexibler zu gestalten und somit die Altersgrenze (bis zum 27. Lebensjahr) aufzuheben. Eine ähnliche Haltung vertreten déi Gréng. Die Studienjahre müssen weiterhin berücksichtigt werden, fordern auch die Piraten.

ml

WERDEN SIE NOCH
HEUTE MITGLIED!

CONFÉDÉRATION GÉNÉRALE
DE LA FONCTION PUBLIQUE
Boîte postale 210
L-2012 LUXEMBOURG



Die CGFP bietet unter anderem eine wirksame Berufsvertretung, kostenlose juristische Beratungen in Beamtenrechtsfragen, kostenlose Auskünfte und Unterstützung in Gehalts-, Pensions-, Krankenkassen- und Steuerangelegenheiten sowie ein umfassendes Dienstleistungsangebot wie z.B. CGFP-Bausparen, CGFP-Versicherungen, Krankenzusatzversicherung und Zusatzpensionsversicherung.



Keine Schwächung des Sozialstaates unter dem Vorwand eines stärkeren Europas

„ReArm Europe“ heißt der Plan der EU-Kommission zur Wiederbewaffnung Europas. In den kommenden vier Jahren sollen die EU-Staaten 800 Milliarden Euro in die militärische Aufrüstung stecken. Fünf Jahre nach dem Beginn der Pandemie steht somit der nächste Stresstest bevor. Wer zieht Nutzen aus diesen Investitionen und wer soll die Rechnung zahlen? Nach Ansicht der CGFP dürfen die erheblichen Mehrkosten nicht zu Sozialkürzungen auf Kosten der Bürger führen.

Die amerikanische Unterstützung für die Ukraine hatte US-Präsident Donald Trump kurz nach dem Eklat im Weißen Haus, bei dem er seinem Amtskollegen Wolodymyr Selenskyj u.a. Undankbarkeit vorwarf, komplett eingefroren. Mittlerweile sind die so wichtigen Militärlieferungen der USA zwar wieder angelaufen, doch wie verlässlich sind diese?

Den europäischen Partnern ist spätestens jetzt klar geworden, dass sie selbst viel mehr militärische Verantwortung auf ihrem Kontinent übernehmen müssen. Der in Windeseile von der EU-Kommission vorgelegte Plan „ReArm Europe“ soll die Verteidigungskapazitäten der Europäischen Union stärken. Nachdem die Europäer über Jahrzehnte hinweg unter dem Schutzschirm

der USA standen, möchten sie jetzt ihre Verteidigung selbst in die Hand nehmen.

150 Milliarden Euro sollen durch einen schuldenfinanzierten Spezialfonds zur Anschaffung von Militärrüstung bereitgestellt werden. Die rechtlichen Voraussetzungen dafür bleiben allerdings noch zu klären. Weitere 650 Milliarden Euro, die es gilt einzutreiben, beruhen auf der Hoffnung, dass die 27 Mitgliedsstaaten ihre militärischen Ausgaben um bis zu 1,5 % der Wirtschaftsleistung hochschrauben werden. Damit dies gelingt, werden die soeben überarbeiteten Schuldenregeln aufgeweicht. Die Lockerung bezieht sich auf die Rüstungsausgaben. Für die sozialen Maßnahmen und den Klimaschutz gelten jedoch nach wie vor die strengeren Regeln.

Selbst in Brüssel stoßen die EU-Aufrüstungspläne teilweise auf Skepsis. Die Umsetzung dieser ehrgeizigen Ziele erfordert einen finanziellen Kraftakt. Fünf Jahre nach dem Ausbruch der Pandemie werden die EU-Staaten einem weiteren Stresstest unterzogen. 800 Milliarden Euro allein für die Aufrüstung sind eine Menge Geld. In einer Zeit, in der bei manchen Beschäftigten die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust und dem sozialen Abstieg umgeht, stößt die Bereitstellung solcher kolossalen Beträge nicht überall auf Zustimmung.

Bei der geplanten massiven Aufrüstung bleibt den meisten Ländern keine andere Wahl, als neue Schulden aufzunehmen. Die Aufnahme neuer Schulden wirkt sich negativ auf die künftigen Generationen aus. Dabei ist die Ausgangslage wesentlich ungünstiger, als dies noch vor wenigen Jahren der Fall war. Nach der Corona-Krise hat sich der Schuldenberg der EU-Staaten angehäuft. Eine Besserung ist nicht in Sicht. Somit besteht die Gefahr, dass sich der gefährliche Abwärtstrend fortsetzt. Je länger die Aufrüstung

andauert, desto größer wird das Risiko, dass weniger finanzielle Mittel für eine ausgewogene Sozialpolitik zur Verfügung stehen werden.

In der Regel erstrecken sich die zähen EU-Haushaltsdebatten über mehrere Monate. Jene EU-Mitgliedsstaaten, deren öffentliche Ausgaben den festgelegten Rahmen überschreiten, erhalten sofort eine schriftliche Ermahnung. Bei den Rüstungsausgaben ist jedoch plötzlich alles anders.

Luxemburg unter Zugzwang

Auffällig ist, welche finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten auf einmal entstehen. In nahezu Rekordzeit sollen riesige Summen für die Verteidigung bereitgestellt werden, die zuvor für dringend benötigte Investitionen nicht vorhanden waren. Seit Jahren grassiert in Europa eine Wohnungskrise. Viele junge Menschen können sich kein Eigenheim leisten. Gleichzeitig steigt das Armutsrisiko. Der EU-Kommission kam es dennoch nie in den Sinn, aufwendige Finanzierungsprogramme zu schnüren, um konkret dagegen vorzugehen. Gleiches trifft auch auf Luxemburg zu. In der Sozialpolitik und beim Logement reichen die vorhandenen Gelder nicht aus, um die sozialen Ungerechtigkeiten aus der Welt zu schaffen.

Auch Luxemburg bleibt wohl oder übel nichts anderes übrig, als sein Militärbudget erheblich aufzustocken. Mit Ausnahme von der Lénk sprechen sich alle Parteien für eine Aufrüstung aus. Welche Mehrkosten in den kommenden Jahren tatsächlich auf Luxemburg zukommen werden, stand bei Redaktionsschluss (am 15.05) noch nicht fest.

Im Koalitionsprogramm war vereinbart worden, den Verteidigungshaushalt bis zum Jahr 2032 auf 2 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu erhöhen. Dies entspricht einem jährlichen Gesamtbudget von 1,2 Milliarden Euro. Infolge der komplexen, außergewöhnlichen internationalen Lage (Ukraine-Krieg und politischer Kurswechsel in den USA) habe man sich jetzt darauf verständigt, die



2 %-Zielvorgabe bereits Ende dieses Jahres zu erreichen, teilte der Premierminister bei seiner Rede zur Lage der Nation am vergangenen 13. Mai mit.

Für Luxemburg entstehen somit jährliche Mehrkosten von 400 Millionen Euro. Angesichts der Tatsache, dass die Wirtschaftsleistung jedes Jahr steigt, ist davon auszugehen, dass sich die Militärausgaben auch in den kommenden Jahren erhöhen werden. All dies wird erhebliche Auswirkungen auf den Staatshaushalt haben.

Die Ausgaben, die im Zuge einer möglichen Renten- und Pensionsreform eingespart werden sollen, sind jedenfalls „Peanuts“ im Vergleich zu den Aufwendungen für die militärische Aufrüstung.

Mittlerweile belaufen sich die im „Fonds de compensation“ angelegten Reserven auf 30 Milliarden Euro. Die politisch Verantwortlichen werden nicht müde zu betonen, dass diese Einlagen auch im Notfall nicht angezapft werden dürfen. Die CGFP unterstreicht mit Nachdruck, dass diese zur Absicherung der Altersvorsorge dienenden Gelder auf keinen Fall für andere (z.B. militärische) Zwecke verwendet werden dürfen. Zudem warnt sie ausdrücklich davor, die Sozialleistungen zu kürzen und gleichzeitig weitere Steuersenkungen für die Unternehmen zu beschließen. Eine solche Vorgehensweise würde den sozialen Frieden gefährden.

Mit anderen Worten: Es darf keine Rücknahmen sozialer Errungenschaften unter dem Vorwand der Sicherheit geben. Das militärische Wettrüsten in Europa darf niemals als Vorwand genutzt werden, um eine antisoziale Agenda zu beschleunigen, die sich bereits vor Trumps Rückkehr an die Macht in manchen europäischen Staaten abzeichnet hat.

Woher das viele Geld nehmen?

Premierminister Luc Frieden wiederholte beim „état de la nation“, dass die Verteidigungsausgaben nicht auf Kosten der Sozialpolitik gehen dürften. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob Luxemburgs Regierung bei wachsendem finanziellem Druck an ihrer Position festhält oder dennoch später Einschnitte bei den Sozialleistungen beschließt. Die CGFP wird den Regierungschef zu gegebener Zeit an seine Aussagen erinnern.

Die Erhöhung der NATO-Ausgaben beruhe auf drei Säulen, bestätigte Luc Frieden bei seiner Rede zur Lage der Nation. Die finanziellen Mittel sollen zum Teil über den Staatshaushalt bereitgestellt werden. Vorgesehen ist eine Staatsanleihe, an der sich Privatleute beteiligen können. Des Weiteren wird eine Priorisierung der Investitionen vorgenommen. Dies kommt im Grunde genommen einer Senkung bzw. einer Verschiebung der Investitionen gleich.

Die restlichen erforderlichen Gelder stammen außerhalb des Budgets. „Do muss dann d'Imaginatioun ënnert anerem vum Finanzminister spielen“, betonte Gilles Roth bereits Ende Februar in einem Radiointerview. Damals schloss er eine Steuererhöhung nicht aus. Etwas konkreter wurde der Premierminister, indem er die Schaffung eines nationalen Fonds bei der „Société nationale de crédit et d'investissement“ (SNCI) als Beispiel aufführte.

„Net un de Sozialausgabe gefummelt“

Obwohl die EU-Kommission gewillt ist, die europäischen Schuldenregeln anhand einer Ausnahmeklausel aufzuweichen, hält Luxemburgs Regierung am Triple-A-Rating fest. Gleichzeitig bekennt sie sich eigenen Aussagen zu-

folge zum Triple S. „Un de Sozialausgabe wäert net gefummelt ginn“, unterstrich der Finanzminister. Doch wie wird sich die Umverteilung der öffentlichen Finanzen zugunsten der Rüstungsinvestitionen langfristig auswirken? Hier besteht reichlich Klärungsbedarf. Es ist nicht auszuschließen, dass die politischen Entscheidungsträger wegen knapper Kassen irgendwann versuchen werden, an anderen Stellen zu sparen.

Inzwischen hat die EU-Kommission ihren Wiederbewaffnungsplan „ReArm Europe“ in „Readiness 2030“ umgetauft. Zuvor hatten die Ministerpräsidenten aus Spanien und Italien bemängelt, der Begriff „ReArm Europe“ drohe die Bürger zu irritieren. Um die Steigerung der Verteidigungskapazitäten innerhalb der Europäischen Union zu rechtfertigen, schüren die EU-Spitzenpolitiker die Angst vor Russland. Auf eine Wiederbewaffnung zu verzichten, wäre „eine Einladung an Russland oder andere bis nach Warschau fortzufahren“, warnte beispielsweise Premierminister Luc Frieden am vergangenen 6. März in der Abgeordnetenversammlung.

Die Gewinner der Krise

Auch wenn bislang keine russischen Panzer auf die „Place d'Armes“ vorgedrungen sind, sollte man die Bedrohung, die Russland für Europa darstellt, keineswegs kleinreden. Im Umkehrschluss stellt sich jedoch die Frage, ob diese Gefahr ein größeres Risiko für den Schutz der Menschen in Luxemburg ist als z.B. der weltweite Klimawandel oder die Tatsache, dass mehr als ein Viertel der Kinder hierzulande armutsgefährdet sind.

Klar, die Verteidigung unserer demokratischen Werte gewinnt zunehmend an Bedeutung. Bei der gegenwärtigen Krise gibt es einen großen Gewinner. Das umfangreiche Aufrüsten in Europa entwickelt sich zu einem Bombengeschäft für die Rüstungskonzerne. Ihre Aktien steigen ins Unermessliche. Die Staaten nehmen Schulden zur Anschaffung von Militärmaterial auf. Die Renditeanleihen schießen in die Höhe. Diejenigen, die die Zinsen zahlen, haben jedoch das Nachsehen.

Luxemburg verfolgt bei seinen militärischen Bemühungen eine wirtschaftliche Strategie. So soll u.a. verstärkt in die Cybersicherheit investiert werden. Zudem



hat die Regierung beschlossen, einen zweiten Kommunikationssatelliten für militärische Zwecke in den Orbit bringen zu lassen.

Die europäische Verteidigungsindustrie auf Vordermann zu bringen ist ein Vorhaben, das sich nicht von heute auf morgen bewerkstelligen lässt. Das Stockholmer Friedensinstitut SIPRI hat neulich eine Studie über den globalen Waffenhandel im Laufe der vergangenen fünf Jahre veröffentlicht. Dabei fällt auf, dass die Waffenimporte der europäischen Staaten im Vergleich zum vorigen Fünfjahreszeitraum einen Zuwachs von sage und schreibe 155 % verzeichnen. Die großen Nutznießer dieses Wettrüstens waren US-amerikanische Rüstungskonzerne.

Ein Großteil der 800 Milliarden Euro, die zur Wiederbewaffnung Europas bereitgestellt werden, wird somit aller Wahrscheinlichkeit nach in die Taschen amerikanischer Großindustrieller fließen. Dies führt uns zum Wahlslogan, der Donald Trump ins Weiße Haus zurückkatapultiert hat: „Make America great again.“

Nicht nur eine Frage des Geldes

Erschwerend hinzu kommt, dass die zur Verfügung gestellten Finanzmittel zur Stärkung der europäischen Verteidigung langfristig angelegte Verpflichtungen sind, die sich nicht mit einem Fingerschnippen rückgängig machen lassen, falls man es sich anders überlegen sollte.

Fortsetzung siehe Seite 15





PREFALUX
HOME

Prefalux Home, développeur engagé pour un habitat durable, dévoile ses nouveaux projets en commercialisation.

À Blumenthal et Junglinster, découvrez des logements pensés pour la vie d’aujourd’hui : des maisons prêtes à accueillir leurs habitants, grâce à l’offre Ready for Living. Finitions soignées, équipements complets, cadre de vie harmonieux —

«*Tout est prêt pour emménager sereinement...*»

Rendez-vous sur readyforliving.lu pour en savoir plus.



Fortsetzung von Seite 13

Die militärische Aufrüstung hat ihren Preis – nicht nur in finanzieller Hinsicht. Die realwirtschaftlichen Grenzen sollte man keineswegs außer Acht lassen. Die Arbeitskräfte, die Ressourcen und die ökologische Belastbarkeit des blauen Planeten sind nicht unendlich.

Die neue Epoche der Aufrüstung verbraucht enorme Ressourcen, die u.a. dringend für die Neugestaltung der Wirtschaft, für die Absicherung der Altersvorsorge und den Kampf gegen den globalen Klimawandel erforderlich wären. Zum Vergleich: Im Jahr 2023 betrugen die EU-Ausgaben für Klimaschutzmaßnahmen weniger als 30 Milliarden Euro. Der Aufrüstungsplan stellt das 26-Fache davon dar.

Die entscheidende Frage ist weniger, ob „Schulden machen“ gerechtfertigt ist, sondern vielmehr, wofür diese Gelder verwendet werden. Wenn Milliardenbeträge in die Rüstung gepumpt werden, dürfen die öffentliche Daseinsvorsorge, die Bildung und der Kampf

gegen die Erderwärmung nicht auf der Strecke bleiben.

Nach Ansicht der CGFP dürfen die hohen Kosten, die die Aufrüstung in Europa verursacht, unter keinen Umständen zu einer Schwächung des Sozialstaats führen. Die Rechnung darf nicht auf Kosten der Arbeitnehmer und Ruheständler beglichen werden.

Mehr Fingerspitzengefühl erforderlich

Neben den steigenden militärischen Ausgaben gibt es zurzeit noch zahlreiche andere Brennpunkte: die Diskussionen über die künftige Ausrichtung der Renten- und Pensionssysteme, die geplante Steuerreform, die bislang im stillen Kämmerlein unter Ausschluss der Sozialpartner vorbereitet wird, die nicht enden wollende Wohnungskrise und die steigenden Energiekosten. Bei der vorherigen Dreierkoalition stand die Energiepolitik auf der Agenda der Tripartite.

Die wachsenden Ängste vor einer ungewissen Zukunft erfordern eine



Politik, die mit Fingerspitzengefühl gestaltet wird. Wäre es angesichts all dieser Herausforderungen nicht allmählich an der Zeit, dass die Regierung eine neue Tripartite-Runde einberuft, unterstrich neulich CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff in einem Zeitungsinterview. Für die CGFP sei es offensichtlich, dass sich die Sozialpartner – in der Tripartite oder in einem anderen Rahmen – untereinander über ihre Lösungsvorschläge austauschen.

Erst vor wenigen Wochen hatten gleich mehrere Regierungsmitglieder lauthals verkündet, die CSV-DP-Koalition sei fest gewillt, den Sozialdialog wiederzubeleben. Schwarz-blau wäre gut beraten, keinen Nährboden für soziale Unruhen zu schaffen.

Max Lemmer

Augmentations salariales et harmonisation des carrières inférieures de l'État adoptées par le Parlement



Le gouvernement respecte jusqu'à présent les délais fixés pour la mise en œuvre de l'accord salarial au sein de la fonction publique conclu en janvier 2025 entre la CGFP et le gouvernement. Lors de sa séance publique du 30 avril 2025, la Chambre des Députés a voté unanimement le projet de loi 8510 concernant les augmentations salariales dans le secteur public convenues entre la CGFP et le gouvernement. Les valeurs respectives du point indiciaire seront augmentées de 2 % avec effet à partir du 1er janvier 2025 et de 0,5 % à partir du 1er janvier 2026. Avant même le début des négociations, la CGFP avait clairement indiqué à plusieurs reprises qu'une augmentation linéaire serait indispensable.

Par ailleurs, l'augmentation de 7 points indiciaires des majorations d'échelon pour les postes à responsabilités particulières et pour les fonctions dirigeantes entre en vigueur avec effet à partir du 1er janvier 2025.

Harmonisation des carrières inférieures des agents publics

Le projet de loi 8040 visant à harmoniser les carrières dans la fonction publique a été aussi adopté unanimement par le Parlement. Une histoire sans fin touche ainsi à sa fin. L'accord correspondant avait déjà été signé le 14 janvier 2022 par la CGFP et le gouvernement de l'époque.

L'objectif est de créer dans un souci de transparence une structure beaucoup plus équitable que la précédente. Pendant des années, l'inégalité des rémunérations a suscité un profond mécontentement parmi les agents publics. Grâce à sa ténacité, la CGFP a réussi à ce que l'harmonisation ait lieu avec effet rétroactif au 1er juillet 2022. Lors des négociations, la CGFP a insisté pour que personne ne subisse de perte financière dans le cadre de l'harmonisation.

À l'avenir, seules deux des quatre catégories salariales existantes seront maintenues (C1 et C2). Les fonctionnaires qui appartiennent actuellement à la carrière D1 seront intégrés dans la carrière C1. Ceux qui ont suivi les carrières D2 et D3 seront intégrés dans la carrière C2.

Autre point clé : pour progresser dans leur carrière, les agents publics ne doivent passer qu'un seul examen de promotion, au lieu de deux actuellement. L'harmonisation entraînera une suppression des obstacles qui, jusqu'à présent, empêchaient les agents de certains groupes de traitement d'effectuer un changement d'administration.

Afin d'accéder au groupe de traitement C1 au moins cinq années d'études secondaires ou équivalentes sont requises. L'accès au groupe de traitement C2 n'est lié à aucune condition d'études.

ml

Cours de formation et d'appui scolaires



Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire classique et général luxembourgeois

INSCRIPTION ET INFORMATIONS

ACCUEIL TÉLÉPHONIQUE:

mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30,
mercredi: de 14h30 à 16h30,
jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

AFAS CGFP
Association de Formation et d'Appui scolaires a.s.b.l.

Tél.: 26 77 77 77 – afas@cgfp-services.lu
<https://www.cgfp-services.lu/services/afas>



Mir recrutéieren!
Chargé(e) de clientèle (m/f)

Scant den QR-Code
fir weider Informatiounen



CGFP Assurances S.A.
18 rue Érasme, L-1468 Luxembourg
info@cgfp-assurances.lu



CHARGES EXTRAORDINAIRES -AUSSERGEWÖHNLICHE BELASTUNGEN

IM RAHMEN DES
EINKOMMENSTEUERGESETZES (L.I.R.)

DIE AUSGABEN DES STEUERPFLICHTIGEN

- Steuerlich abziehbare Ausgaben:
- Betriebsausgaben bei Gewinneinkünften (dépenses d'exploitation)
 - Werbungskosten bei Einkünften (frais d'obtention)
 - Sonderausgaben (dépenses spéciales)
- Steuerlich nicht abziehbare Ausgaben:
- Privatausgaben

HIER SPIELT DAS PRINZIP DER SUBSIDIARITÄT

Nur wenn ein Abzug als Betriebsausgaben, Werbungskosten oder Sonderausgaben ausgeschlossen ist, darf überlegt werden, ob die Ausgabe etwa eine außergewöhnliche Belastung im Sinn des Einkommensteuergesetzes darstellen könnte.

BEISPIEL ANWALTSKOSTEN

Anwaltskosten im Zusammenhang mit dem Einnehmen von unbezahlten Mieten sind beim Vermieter **Werbungskosten von Einkünften aus Vermietung** (revenus de location) und kommen nicht infrage für einen Abschlag für außergewöhnliche Belastungen.

Anwaltskosten im Zusammenhang mit einer Scheidung stehen in keinem Zusammenhang mit einer Einkunftsart, noch sind sie Sonderausgaben. Sie stellen vielmehr eine außergewöhnliche Belastung dar und können einen **Abschlag für außergewöhnliche Belastungen** auslösen.

DER GESETZLICHE RAHMEN

- Artikel 127 L.I.R. legt zuerst die Bedingungen fest; die Belastung muss:
 - außergewöhnlich sein
 - unvermeidbar sein
 - die steuerliche Leistungsfähigkeit beeinträchtigen

DIE BELASTUNG IST AUSSERGEWÖHNLICH...

- ... wenn sie nicht beim größten Teil der Bürger vorkommt, welche sich in der gleichen
 - Familien-
 - Einkommens- und
 - Vermögenssituation befinden.



DIE BELASTUNG IST UNVERMEIDBAR...

- Der Steuerpflichtige kann sich ihr nicht entziehen aus:
 - tatsächlichen,
 - gesetzlichen (juristischen) oder
 - sittlichen (ethischen) Gründen.
- Dabei genügt es nicht, dass der Steuerpflichtige sich persönlich dazu verpflichtet **fühlt**, Hilfe zu leisten.



DIE BELASTUNG BEEINTRÄCHTIGT DIE STEUERLICHE LEISTUNGSFÄHIGKEIT...

... insofern sie die aus der Tabelle ersichtlichen Prozente vom Einkommen (revenu imposable) übersteigt. Hier spricht man von der „charge normale“

pour un revenu imposable	pour un contribuable appartenant à la classe d'impôt						
	1	1 (avec au moins une modération d'impôt, et, cette modération en raison de 50 pour cent compte une modération d'impôt à 100 pour cent), 1a ou 2					
		nombre des modérations d'impôt pour enfants					
		0	1	2	3	4	5
inférieur à 10.000	2 %	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %
de 10.000 à 20.000	4 %	2 %	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %
de 20.000 à 30.000	6 %	4 %	2 %	0 %	0 %	0 %	0 %
de 30.000 à 40.000	7 %	6 %	4 %	2 %	0 %	0 %	0 %
de 40.000 à 50.000	8 %	7 %	5 %	3 %	1 %	0 %	0 %
de 50.000 à 60.000	9 %	8 %	6 %	4 %	2 %	0 %	0 %
supérieur à 60.000	10 %	9 %	7 %	5 %	3 %	1 %	0 %

ANALYSE AM BEISPIEL DER KRANKENKOSTEN

Krankenkosten gelten stets als außergewöhnlich und unvermeidbar.

Es erübrigt sich jegliche Analyse zu den Ursprüngen der Krankheit oder eines etwaigen Mitverantwortens der Krankheit seitens des Steuerpflichtigen!

Fallbeispiel 1

- Familie F, bestehend aus Frau F mit ihren 2 minderjährigen Töchtern F1 und F2, hat für das Steuerjahr 2025 folgende Summen für Krankheitskosten ausgeben müssen und entsprechende Rückerstattungen erhalten:
- Zahnspangen für F1: 5.000 €
- Zahnspangen für F2: 4.850 €
- Brillengläser für F: 3.600 €
- Medikamente (tiers payant): 550 €
- Anteil an Arztkosten (tiers payant): 600 €
- Insgesamt: 14.600 €
- Rückerstattungen von Krankenkasse und Zusatzkrankenversicherungen und Mutualitätsvereinen: 6.250 €
- Krankheitskosten zulasten von Familie F: 8.350 €**

Nehmen wir an, das steuerpflichtige Einkommen von Familie F beträgt 120.000 € im Jahr 2025; Steuerklasse 1A

Nach Tabelle über die steuerliche Leistungsfähigkeit des Haushalts ist die zumutbare Belastung (charge normale) mit 5 % vom Einkommen (revenu imposable) zu berechnen, da das Einkommen 60.000 € übersteigt und Frau F zwei Kinder zulasten hat.

Berechnung des Abschlags für außergewöhnliche Belastungen (abattement pour charges extraordinaires)		
Außergewöhnliche Belastungen:		8.350,00 €
Zumutbare Belastung (charge normale)		
Steuerpflichtiges Einkommen:	120.000,00 €	
Prozentsatz:	5 %	
Zumutbare Belastung:	6.000 €	- 6.000,00 €
Abschlag für außergewöhnliche Belastungen:		2.350,00 €

In vorliegendem Fall wird demnach das steuerpflichtige Einkommen um den Betrag von 2.350 € reduziert.

Fallbeispiel 2

- Witwe B, 70 Jahre, ohne Kinderlast, bezieht ein Jahreseinkommen für 2025 von 48.000 €.
- Steuerklasse 1A
- Krankenkosten zu ihren Lasten, nach Abzug aller Rückerstattungen: 3.000 €

Berechnung des Abschlags für außergewöhnliche Belastungen (abattement pour charges extraordinaires)		
Außergewöhnliche Belastungen:		3.000,00 €
Zumutbare Belastung (charge normale)		
Steuerpflichtiges Einkommen:	48.000 €	
Prozentsatz:	5 %	
Zumutbare Belastung:	3.360 €	- 3.360,00 €
Abschlag für außergewöhnliche Belastungen:		0 €

STUDIEN DER KINDER?

- Prinzipiell sind Studienausgaben für Kinder stets von der Steuerermäßigung für im Haushalt lebende Kinder (Artikel 122 u. 123 L.I.R.) oder vom Abschlag für Kinder, die außerhalb des Haushalts des Steuerpflichtigen leben (Artikel 127bis L.I.R.), abgedeckt.
- Es werden keine Abschläge zusätzlich gewährt, ganz gleich, wie teuer ein Studium auch sein mag!



ABSCHLAG FÜR UNTERHALTSLEISTUNGEN AN EIGENE KINDER, DIE NICHT ZUM STEUERLICHEN HAUSHALT DES ZAHLENDEN ELTERNTEILS GEHÖREN

- Beide Elternteile dürfen nicht in einem gemeinsamen Haushalt (im gewöhnlichen Sinn) zusammenleben.
- Das zahlende Elternteil muß überwiegend für den Unterhalt, die Erziehung und die Studien aufkommen.
- **Maximaler Abschlag im Jahr 2025: 5.424 €**
in den Jahren 2023 und 2024: 4.422 €



CIPA, ALTERSHEIME, PFLEGEHEIME, BETREUTES WOHNEN USW.

- Die Kosten für Aufenthalt, Betreuung und Beköstigung ersetzen die Haushaltskosten im Eigenheim.
- Diese Belastungen werden deshalb nicht als außergewöhnlich betrachtet und führen demnach nicht zu einem Abschlag vom steuerpflichtigen Einkommen.
- Aber: medizinische und therapeutische Kosten, welche nicht von der Pflegeversicherung oder der Krankenkasse übernommen werden, dürfen den medizinischen Kosten (Krankheitskosten) zugerechnet werden.



- **Eine Ausnahmeregelung** gilt für den Fall eines Ehepaars, wo ein Partner aus lebensnotwendigen Gründen gezwungen ist, die gemeinsame Wohnung zu verlassen und fortan in einem Heim lebt, wohingegen der andere Ehepartner in dieser Wohnung bleibt.
- Die Kosten für Aufenthalt, Betreuung und Beköstigung im Heim ersetzen **nicht** alle Haushaltskosten im Eigenheim, da diese weiterbestehen; es entstehen jedoch Zusatzkosten in Höhe der Wohn- und Lebenskosten im Heim.
- Hier werden die Belastungen als **außergewöhnlich** erachtet und führen zu einem Abschlag vom steuerpflichtigen Einkommen bei der Zusammenveranlagung.
- Sollten später beide Eheleute im Heim wohnen, wird ab diesem Zeitpunkt kein Abschlag mehr gewährt!

Fortsetzung zum Thema „Charges extraordinaires -außergewöhnliche Belastungen“ in der nächsten Ausgabe der „fonction publique“

BHW

BHW Bausparkasse AG Luxemburg

Eigenheimfinanzierung durch Bausparen mit Vorfinanzierung beim CGFP-Partner BHW

16, rue Érasme • L-1468 Luxembourg-Kirchberg
@ info-lux@bhw.lu • www.bhw.lu

CGFP

Assurances

Absicherung der Familie im Todes- oder Invaliditätsfall durch eine günstige Restschuldversicherung bei CGFP-Assurances

18, rue Érasme, L-1468 Luxembourg-Kirchberg
@ info@cgfp-assurances.lu • ☎ 27 04 28 01



Eigenheiminteressenten

Die eigenen vier Wände sind der Wunsch eines jeden

BHW und **CGFP**

bieten ihnen hierzu die Möglichkeit
und zwar zu sehr attraktiven Bedingungen

Unschlagbares Angebot	für: Wohnungsbau/-kauf Modernisierung Grundstückserwerb	mit: Sofortkredit CGFP-Vorzugsdarlehen Steuervorteilen
------------------------------	---	--

Lassen Sie sich
unverbindlich
beraten!

Bitte ausfüllen und einsenden
oder QR-Code scannen:



OEL/CGFP
Oeuvre CGFP
d'Épargne-Logement
B.P. 595
L-2015 Luxembourg

Baukredit:
Ich bitte um
unverbindliche
Beratung durch einen
CGFP/BHW-Berater

(Name)

(Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(Plz. /Wohnort)

(Telefon)

(Dienstbezeichnung)

(Dienststelle)

Baufinanzieren

aktuell

Informationen • Meinungen • Tipps

Mitgeteilt von der BHW Bausparkasse und der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement

BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparsparen Plus

Bauen und Sparen

Die neuen Tarife BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparsparen Plus sind ideal zum Sparen und Bauen. Sie entscheiden sich für Ihr Ziel, BHW und die Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement ebnen Ihnen den Weg.

Zinsgünstiges Darlehen

BHW Wohnbausparsparen Plus bietet Ihnen ein zinsgünstiges Darlehen mit Festzinsgarantie über die gesamte Laufzeit. Das heißt, Sie machen sich unabhängig von den Kapiolen des Kapitalmarktes und stellen Ihren Wohnraum vom ersten Tag an auf eine verlässliche Basis.

Sie entscheiden selbst, ob und wann Sie Ihr Baugeld haben möchten.

Das Prinzip ist einfach: Je höher die Tilgung, desto schneller ist das Darlehen verfügbar. Wie hoch das Darlehen ist, ergibt sich aus Ihrem Sparguthaben, der Spardauer und der Tilgungsrate, die Sie bestimmen.

Egal, ob Sie Ihr Darlehen nun früher oder erst später in Anspruch nehmen. Entsprechend Ihren Wünschen haben Sie die Wahl zwischen zwei Darlehenszinsvarianten zu 2,35 % oder sogar zu 1,25 %.

Baugeld schon nach kurzer Zeit

Mit BHW Wohnbausparsparen Plus kommen Sie ohne festes Mindestsparguthaben zum Baugeld. Für jene, die sofort mit dem Bauen anfangen möchten, gibt es die Möglichkeit, ihren Finanzierungsplan mit Hilfe eines BHW-Sofortkredits aufzustellen. Und als CGFP-Mitglied haben Sie zusätzlich Anspruch auf ein Gewerkschaftsdarlehen zum Vorzugszinssatz.

Staatlich gefördert

Die Einzahlungen auf Ihr Bausparkonto können Sie steuerlich absetzen: jährlich bis zu 672 Euro für jede zum Haushalt zählende Person. Für ein Ehepaar mit zwei Kindern ergibt das z.B. 2.688 Euro. Seit der Umsetzung der Steuerreform sind weitere Verbesserungen der staatlichen Förderung in Kraft getreten, so zum Beispiel die doppelte Absetzbarkeit der Sparbeiträge für Bausparer bis 40 Jahre. Zudem sind die Zinserträge auf Bausparkguthaben von der Quellensteuer befreit (ein CGFP-Erfolg). Das lohnt sich!



Nach winterlichen Temperaturen braucht ein Haus viel Aufmerksamkeit
QUELLE: TIHL / BHW BAUSPARKASSE

Im Frühling wird das Haus auf den Prüfstand gestellt

Gesprungene Dachziegel, kleine Risse in der Fassade, beschädigte Fallrohre – die kalte Jahreszeit kann einem Haus ganz schön zusetzen. Der Frühling ist der beste Zeitpunkt für den Haus-Check.

Schäden, die Niederschläge, Wind oder Frost im Winter am Haus hinterlassen, können gravierende Folgen haben. Nach extremer Kälte besteht die Gefahr, dass Leitungen geplatzt oder Mauern gerissen sind. Bei mildem, regnerischem Wetter sind das Dach und die Fassade oft durchfeuchtet. Krzysztof Pompa von der BHW Bausparkasse rät Hausbesitzenden, ihre Immobilie mindestens einmal im Jahr zu kontrollieren. „Wer Schäden nach der Wintersaison erkennt und beheben lässt, vermeidet später kostspielige Baumaßnahmen.“

Kleine Schäden, große Wirkung

Wichtig ist vor allem die Inspektion des Dachs. Lockere oder beschädigte Ziegel müssen befestigt oder ausgetauscht werden. Regenrinnen und Fallrohre gilt es auf Lecks hin zu untersuchen. „Die Schäden von eingedrungenem Wasser zeigen sich oft erst nach Monaten, dann aber umso heftiger“, so Pompa. Gleiches gilt für die Fassade. Schäden an der Außenhaut sollte man sofort beheben, ehe Wasser den Weg ins Haus findet. Kleinere Stellen können mit Putz, Bauschaum

oder Silikon ausgebessert werden. Auch das Abdichten von Fenstern und Türen ist ratsam. Ein neuer Anstrich hält sie für die nächsten zwölf Monate in Schuss. „Für Reparaturarbeiten kann man mit einem Bausparvertrag langfristig einen Puffer anlegen“, rät der Experte von BHW. Ein guter Tipp: Wer eine Instandsetzung mit einer energetischen Sanierung verbindet, spart Aufwand und Geld – schon allein, weil der Handwerksbetrieb das Baugerüst nur ein Mal aufbauen muss.

Frühjahrs-Checkliste für Immobilien

- Dachziegel und Schindeln prüfen, damit keine Lecks unerkannt bleiben. Gebrochene und fehlende Dachziegel ersetzen.
- Laub, Zweige und Schmutz aus Dachrinnen und Fallrohren entfernen, um Staunässe und Schäden an Wänden und im Fundament zu vermeiden.
- Risse und Abplatzungen ausbessern. „Checken Sie auch die Dämmung“, rät Krzysztof Pompa von der BHW Bausparkasse.
- An Fenstern und Türen die Dichtungen kontrollieren.
- Wurden Wege, Einfahrten oder Terrasse beschädigt? Gefahrenquellen durch Löcher und lockere oder defekte Bodenplatten beseitigen.

Schiefer fürs Bad

Schiefer kommt als Baumaterial für Inneneinrichtungen wieder in Mode. Der Naturstein wirkt edel und ist absolut strapazierfähig. Dieser eignet sich bestens für den Einsatz im Badezimmer. Vor rund 400 Millionen Jahren entstand Schiefer unter gewaltigem Druck aus Ton und anderen Materialien. Der Naturstein wird im Sauerland, im Hunsrück, in Bayern und in Thüringen abgebaut. Ob als Bodenfliese, Wandbelag oder Wannenverkleidung – das Naturprodukt bietet vielfältige Einsatzmöglichkeiten. „Schiefer besitzt eine hohe Wärmeleitfähigkeit und kann gut mit Fußbodenheizungen kombiniert werden“, erläutert Stefanie Binder

von der BHW Bausparkasse die Vorzüge. Der Baustoff ist schmutzunempfindlich, wasserdicht und rutschfest – Eigenschaften, die den Naturstein so beliebt machen. Seine Anthrazittöne und graumelierten Elemente liegen im Trend. Kombiniert mit einer weißen, nüchternen Keramik bildet der Naturstein einen starken visuellen Kontrast – das Bad wirkt edel und luxuriös. Auch mit Holz oder Glas lässt sich Schiefer gut kombinieren. Die Quadratmeterpreise von Schiefer hängen vom Format, der Abnahmemenge und der Qualität ab. Je dichter das Material, desto teurer, aber auch langlebiger ist es.



Edle Kombination im Bad: Schiefer und Holz

QUELLE: WWW.JONASTONE.DE / BHW BAUSPARKASSE





Zu Märel
Zentral geleeë mat Vue op de Gaart

E grousst an hellt Appartement mat 126 m² Wunnfläch, um 2te Stack an enger Residenz vun 2001
3 Schlofkummere, 2 Buedzëmmer, grousst Iess- / Wunnzëmmer vu 46 m², separat Kichen, 1 Emplacement, 1 Keller, gemeinsame Gaart, Energieklasse E/E, ...

Präis : 1 250 000 €

Fir weider Informatiounen oder fir eng Visitt, kontaktéiert eis gären per Telefon oder Mail :
+352 26 67 22 86
+352 621 29 79 59
christian.eilert@primushome.lu



www.primushome.lu

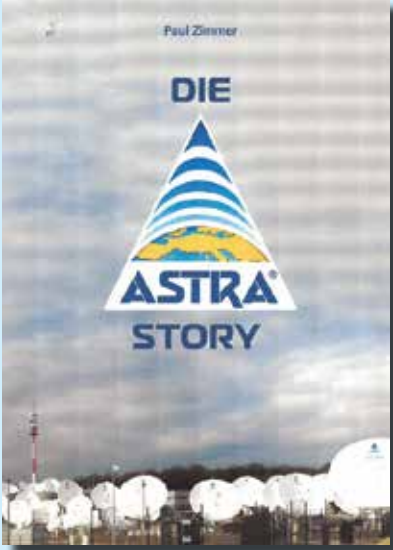


Heftiges und Heikles

Der langjährige „fonction publique“-Mitarbeiter Paul Zimmer, der bis Ende 1992 der erste SES-Regierungskommissar war, hat das in diesem Artikel zusammengefasste Kapitel unserer Wirtschaftsgeschichte eingehend recherchiert und es in seiner „ASTRA-Story“ dokumentiert, einem Buch mit über 240 Seiten Text und 80 Seiten Illustration, das dank der Unterstützung der CGFP-nahen „Fondation de la Fonction publique“ veröffentlicht wird. Mit vielen Namen, Daten, und Zahlen, aber auch mit teils noch nie veröffentlichten Fakten, mit Anekdoten und mit der Entlarvung etlicher Legenden.

Standort Luxemburg das Nachsehen gehabt; zweimal griff Staatsminister Jacques Santer entscheidend ein, unangeregt aber sehr energisch.

Die „ASTRA-Story“ wird Ende Februar bei den Editions Schortgen erscheinen und kann ab sofort zum Preis von 26 Euro vorbestellt werden. Die Bestellung erfolgt per Überweisung auf das BIL-Konto LU05 0029 1706 5387 3600 mit präziser Adressangabe und dem Vermerk „Die ASTRA-Story“ oder online unter www.schortgen.lu.



Praktisch unbekannt blieb bisher, dass sich frühzeitig ein Mitglied der unlängst gestürzten syrischen Machthaber-Familie Al Assad unbemerkt in das SES-Aktionariat einschleichen konnte. Ebenfalls im Buch erwähnt wird, dass sich die französische, staatliche Aérospatiale-Gruppe (Airbus, Ariespace, Concorde, Eurocopter) die SES nach dem ASTRA-Erfolg einverleiben wollte. Kurz darauf gab es einen zweiten feindlichen Übernahmeveruch im Rahmen einer Verschwörung der Medien-Tycoons Silvio Berlusconi, Rupert Murdoch und Leo Kirch. In beiden Fällen hätte der



MAISON DE SOINS
Résidence 5 étoiles

Wëllkomm bei Iech!

Eingebettet in eine ruhige und grüne Oase, unmittelbar am Naturschutzgebiet von Krauthem, liegt das Pflegeheim „Les Jardins d'Alysea“ nur 15 Minuten von Luxemburg-Stadt entfernt.

Behaglichkeit, eine zauberhafte Lage, hochwertige Dienstleistungen, Aktivitäten und Unterhaltung, vollendete Kochkunst und die Einhaltung strikter Hygienemaßnahmen sind hier Garanten für sorgloses Wohlbefinden!

VIEL MEHR ALS NUR EIN PFLEGEHEIM
„Les Jardins d'Alysea“ bietet in zwei modernen Gebäuden ein hohes Maß an Komfort sowie erstklassiger Pflege und Sicherheit für Dauer- oder Genesungsaufenthalte - dies alles unter Berücksichtigung der Intimsphäre und der privaten Vorlieben der Bewohner!

SICH „WIE ZUHAUSE“ FÜHLEN...
„Les Jardins d'Alysea“ verfügt über geräumige und behagliche Privatbereiche, gemütliche Gemeinschaftsräume, einen Pflanzengarten, eine einladende Terrasse und einen Wellnessbereich.

Für das leibliche Wohl stehen Restaurants und eine Cafeteria zur Verfügung, wobei das Angebot natürlich an die Ernährungspläne der Bewohner angepasst wird.

UMFASSENDE UND INDIVIDUELLE PFLEGE
Die Wohn- und Pflegestruktur eignet sich sowohl für gering pflegebedürftige Personen als auch für Menschen mit körperlichen Beschwerden, Personen mit Gedächtnisstörungen sowie für Alzheimer-Patienten oder Patienten mit ähnlichen Pathologien.

Ein spezialisiertes Team von Fachkräften aus dem Medizin- und Pflegebereich sorgt für umfassende Hilfe, Pflege und Unterstützung im Alltag, sowie für eine auf jeden Bewohner angepasste Versorgung. Unterstützend gewährleisten Ärzte eine regelmäßige und individuelle medizinische Betreuung.

VORÜBERGEHENDE ODER DAUERHAFT AUFGENTHALTE
„Les Jardins d'Alysea“ bietet eine große Auswahl an Unterkünften, die je nach Ihren Bedürfnissen oder Wünschen kurz-, mittel- oder langfristige Bedürfnisse abdecken. Wir bieten unter anderem Unterkünfte für Menschen an, die sich von einer Krankheit oder einer Operation erholen möchten. Interessierte können das Wohnheim auch im Rahmen einer „Découverte“ kennenlernen und sich von der Gastfreundschaft der Mitarbeiter, dem Service und dem Charme unseres Wohnheims begeistern lassen.



48, rue de Hellange
L-3327 Crauthem
Tel.: 27 12 93-1
welcome@alysea.lu
www.alysea.lu



brunsmore



Crise de l'assurance maladie-maternité – redéfinir ce qui doit relever du budget de l'Etat

L'assurance maladie-maternité (AMM) au Luxembourg est depuis toujours un pilier de la protection sociale, assurant le financement des soins de santé essentiels. Toutefois, le système se trouve aujourd'hui sous une pression financière accrue, comme en témoigne la dernière réunion quadripartite de novembre 2024.

En effet, les prévisions établies ont mis en lumière une détérioration continue du solde des opérations courantes, passant d'un déficit de 51,9 millions d'euros en 2024 à 160 millions en 2025. Si cette tendance continue, la réserve devrait même passer sous son seuil légal à partir de 2027, compromettant la stabilité du système. L'alerte est désormais officielle : le régime de l'assurance maladie-maternité suit une trajectoire financière jugée insoutenable.

L'ombre d'une hausse des cotisations sociales pèse sur l'horizon. Néanmoins, il y a lieu de se demander s'il n'existe pas d'autres solutions pour freiner, voire inverser, cette tendance. Ne serait-il pas judicieux d'utiliser cette crise comme opportunité d'identifier, dans un premier temps, les dépenses prises en charge par l'assurance maladie-maternité alors qu'elles ne tombent pas sous son champ d'action ?

En effet, au-delà de plusieurs pistes d'économies à entreprendre, il faut revoir la problématique de la répartition des charges entre ce qui relève de la gestion des risques individuels, compétence traditionnelle de l'assurance, et ce qui relève d'une mission publique et devrait donc être financé par le budget général de l'État. Il est question ici de déterminer comment assurer une répartition équitable et durable des ressources, dans un modèle où le financement actuel par les seules contributions des assurés et des entreprises n'apparaît ni soutenable ni équitable.

Impacts de l'assignation erronée des dépenses

Certaines dépenses historiquement imputées à l'assurance maladie-maternité, telles que les investissements hospitaliers, le congé pour raisons familiales, les dispenses pour femmes en-

ceintes, les prestations de maternité, ainsi que les prestations liées au reclassement professionnel, pourraient et devraient être réorientées et prises en charge par les fonds étatiques.

En effet, la multiplication de ce type de dépense entraîne un déséquilibre financier et fragilise ainsi la viabilité du système. Ce déséquilibre peut conduire au risque de déficit chronique annoncé au comité quadripartite, compromettant la capacité de l'assurance à répondre efficacement aux besoins de ses assurés et augmentant la vulnérabilité du système face aux crises économiques ou sanitaires. La crise du Covid nous a démontré l'importance d'une réserve financière confortable pour faire face à des événements majeurs inattendus.

De plus, la pression financière exercée sur l'assurance a également des répercussions directes sur la qualité des soins. En effet, sous la contrainte budgétaire, des choix de gestion peuvent entraîner des délais de traitement plus longs, une réduction de la gamme des prestations offertes et une moindre capacité d'investir dans des services de prévention ou d'innovation.

Dépenses du ressort de l'État

Les investissements hospitaliers

Actuellement, les investissements réalisés dans les infrastructures hospitalières sont financés à hauteur de 20 % par les cotisants. Cette répartition a longtemps fait débat, puisqu'il semble injuste que les contribuables soient associés à un financement sans pour autant disposer d'un véritable pouvoir décisionnel ou d'une transparence suffisante quant à l'affectation de leur contribution.

Ces investissements devraient être perçus comme une mission d'intérêt général, et les dépenses liées à la construction, à la rénovation ou à la modernisation des structures hospitalières devraient donc être financées entièrement par l'État. Cela garantirait une planification cohérente et assurerait une coordination optimale entre les différents acteurs de la santé, harmonisant ainsi les investissements dans l'ensemble du territoire.

Le congé pour raisons familiales (CRF)

Le congé pour raisons familiales, destiné à concilier vie professionnelle et familiale, a été conçu comme une mesure phare de la politique familiale luxembourgeoise. Ce congé ne relève pas directement de la couverture d'un risque maladie, mais répond à des objectifs de cohésion sociale et de soutien aux familles. Son financement par l'assurance maladie-maternité soulève donc de nombreuses interrogations. Financer ce congé via le budget du ministère de la Famille – ou un fonds étatique dédié – serait plus cohérent, permettant ainsi de valoriser cette mesure comme un investissement social et un outil de cohésion, distinct de la couverture des soins.

Les dispenses pour femmes enceintes

Les mesures de protection du travail spécialement conçues pour les femmes enceintes relèvent aujourd'hui du ministère du Travail. Destinées à protéger la santé et la sécurité sur le lieu de travail, ces mesures ne constituent ni un soin ni une couverture d'un risque maladie. Pourtant, leur financement est actuellement intégré à l'ensemble des dépenses

qui pèsent sur l'assurance maladie-maternité.

Or, dans un contexte où la protection des travailleuses et la promotion de l'égalité de genre sont des priorités, il apparaît logique que ces dispenses soient financées directement par l'État. En effet, en sortant ces dépenses du périmètre de l'assurance, non seulement on clarifie le champ d'action de celle-ci, mais on renforce également l'argument selon lequel la protection du travail des femmes enceintes relève d'une politique publique orientée vers la justice sociale. Ce transfert financier permettrait, en outre, d'améliorer la gouvernance et la transparence des mesures de protection, tout en assurant une meilleure allocation des ressources en fonction des priorités nationales.

Les prestations maternité

Depuis 2011, une dotation forfaitaire annuelle de 20 millions d'euros est versée par l'État pour financer les prestations maternité. Néanmoins, force est de constater que cette somme ne reflète plus les coûts réels engagés dans ce domaine, tant les

lire la suite page 23



ALLES OP ENGER PLAZ FIR ÄRE SOLARENERGIEPROJET



klima-agence.lu

**Produzéiert Äre Stroum mat eiser
onofhängeger a gratis Berodung
a profitéiert vun de Klimabonus-Bäihëllefen.**



**klima
agence**

Shaping our
future together



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG

Finanzéiert duerch de Fonds climat et énergie

suite de la page 21

dépenses évoluent en raison des progrès médicaux et de l'augmentation des besoins. Dans un contexte où l'efficacité et la pérennité du financement sont essentielles, il apparaît nécessaire de revoir ce montant et, potentiellement, de réajuster son mode de financement.

Repenser les prestations maternité dans une optique de financement étatique, ce qui était déjà le cas avant 2011 (voir article dans notre numéro fp281, mai 2024 pour plus de détails), permettrait de dissocier les risques liés à la maternité des charges supportées par l'assurance maladie-maternité, tout en assurant une réévaluation régulière des sommes allouées pour garantir la qualité et la continuité des services.

L'Agence eSanté

Chargée d'accompagner la transformation numérique du secteur de la santé, l'Agence eSanté est financée à hauteur d'environ deux tiers par la Caisse Nationale de Santé (CNS), alors que cette dernière remplit principalement un rôle consultatif. Ce déséquilibre soulève des questions d'équité et de gouvernance. Il serait plus juste de réduire la contribution de la CNS à un tiers – tout en intégrant une gestion plus équitable impliquant l'État – afin de recentrer le financement sur l'intérêt général.

Les prestations liées au reclassement professionnel

Enfin, les indemnités versées par la CNS dans le cadre des prestations liées au reclassement professionnel constituent un autre point de divergence dans la répartition actuelle des dépenses. Ces indemnités, versées pour faciliter le retour à l'emploi ou pour accompagner les transitions professionnelles, ne relèvent pas du secteur de la santé au

sens strict. Elles s'inscrivent dans une logique de politique de l'emploi, qui vise à préserver la compétitivité des travailleurs et à soutenir le marché de l'emploi.

Le transfert de ces charges vers le Fonds pour l'emploi apparaîtrait comme une solution logique et cohérente, et garantirait une meilleure adéquation entre les ressources allouées et les objectifs visés.

Principe du décideur-payeur

À la lecture de ce bref exposé des dépenses qui seraient plus judicieusement attribuées au budget de l'État, on remarque un point commun : bien que ce soit la CNS qui couvre les frais à travers le budget de l'assurance maladie-maternité, elle n'a que très peu de voix au chapitre quant à la décision de payer ou non. En effet, pour chacune de ces mesures, c'est l'État qui a le pouvoir décisionnel majoritaire, voire total.

Or, tout comme il existe un principe du pollueur-payeur, ne devrait-il pas également y avoir un principe du décideur-payeur ? La CNS, en tant que gestionnaire du budget de l'assurance maladie-maternité, est souvent pointée du doigt dans le contexte de la crise financière. Cependant, ne devrions-nous pas remettre l'église au milieu du village et exiger de l'État qu'il prenne ses responsabilités en ce qui concerne les dépenses décidées par lui ? Et non seulement qu'il les reprenne, mais aussi qu'il rembourse à l'assurance maladie-maternité les dépenses encourues indûment toutes ces années ? L'exemple de la maternité est particulièrement parlant, car l'État sait depuis longtemps que les 20 millions d'euros annuels ne suffisent pas à couvrir toutes les dépenses liées à la maternité, et ce, depuis plusieurs années déjà.



Conclusion

Dans un contexte de crise financière tel que le traverse l'assurance maladie-maternité actuellement, il est tentant de recourir à la facilité de l'augmentation des cotisations sociales. Cependant, avant qu'il soit question de faire peser le poids de la crise sur les cotisants, l'État se doit de prendre ses responsabilités et repenser le financement des dépenses qu'il fait peser sur l'assurance maladie-maternité de manière indue.

Le réaligement des dépenses évoquées représente un enjeu majeur pour le Luxembourg. Un tel rééquilibrage permettrait de clarifier les missions respectives de l'assurance maladie-maternité et de l'État et viserait à garantir une meilleure qualité des services rendus aux citoyens, tout en préservant la viabilité financière d'un système de santé moderne et solidaire.

Cette démarche devra s'accompagner d'une analyse approfondie des pistes d'économies à faire (ex. maîtrise

médicalisée des prescriptions médicalementeuses), d'un investissement dans une politique de prévention, ainsi que d'une recherche de sources de financement alternatives. Cette crise est une opportunité de repenser le financement de l'assurance maladie-maternité, ainsi que le rôle – et la responsabilité – que l'État doit endosser dans ce contexte.

Ce débat ne peut plus attendre. Il en va de la pérennité de notre modèle social et de la confiance des citoyens dans leurs institutions. La ministre de la Santé et de la Sécurité sociale a récemment lancé un groupe de travail sur l'avenir du financement de l'assurance-maladie. Ses premières conclusions et propositions devraient être présentées lors de la réunion quadripartite. Ce type d'exercice s'est jusqu'à présent soldé par un échec (qui se souvient du fameux *Gesondheitsdösch* ?). Espérons qu'il en sera autrement cette fois-ci.

Béliza Mendes



Entdeckt 3 km Mine
mat der Gouwebunn
& zu Fouss

- fir Gruppe bis 31 Leit an interaktiv
Visitte fir d'Kanner dat ganz Joer.
- fir individuell Visiteure vun Abrëll
bis Juni an am September:
vun Donneschdes bis Sonndes.
- am Juli an August:
vun Dönschdes bis Sonndes.
- vum Januar bis Mäerz an
Oktober bis Dezember all
Sonndeg.

Detailléiert Informatiounen:
www.mnm.lu





Aus dem Trump-Chaos in eine sichere Zukunft

Die heutigen Turbulenzen bieten Chancen für nachhaltigere Strukturen

Es ist eine Spitzenleistung von Donald Trump, dass das weltweite Wirtschaftsgeschehen sowohl konjunkturell als auch strukturell plötzlich undurchsichtig geworden ist. Aber wenn ein Clown zum Chef eines Palastes aufrückt, dann wird er dadurch nicht zum König, sondern der Palast zum Zirkus.

Täglich eine neue Show in der Manege

Dabei hatte die Welt auch ohne den sinnlosen Zollstreit und ähnlichem Unfug bereits genug Ärger mit dem Ukraine-Krieg, den geopolitischen Spannungen, dem Digitalisierungsdruck, dem Klimawandel sowie den vielen Energie-, Rohstoff- und Lieferkettenproblemen.

Die künstlich durch „Psychopathen“ wie Trump, Musk und Co. geschaffenen Konflikte kommen zur Unzeit. Sie gefährden nicht nur weltweit Arbeitsplätze, sondern auch die Staatsfinanzen. Immerhin ist die Angst vor einer plötzlichen globalen Wirtschaftskrise etwas gewichen, da Trump selbst ständig zurückschreckt, vor den Konsequenzen seiner Ankündigungen auf die Finanzmärkte einerseits und auf die reale US-Ökonomie andererseits.

Die verbleibende generelle Unsicherheit eines ständig angesagten und sogleich wieder abgesagten Handelskrieges per Zollabgaben hat jedoch verheerende Folgen. Der internationale Handel und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sind zu einem Hardspiel geworden, das Investitionen verhindert, Wachstum abwürgt und dadurch den sozialen Fortschritt hemmt. Die etablierte Globalisierung der Wirtschaft ist mit ihrer weltweiten Arbeitsteilung und ihren komplexen multinationalen Produktionsprozessen und Lieferketten prinzipiell infrage gestellt.

Darüber hinaus sind aber auch die bestehenden geopolitischen Allianzen erschüttert, und die globalen Machtstrukturen richten sich womöglich neu aus. Bevor die primitiven „America First“-Befürworter die Szene beherrschten,

waren die Vereinigten Staaten die eindeutige Nummer eins der Welt und vor allem der unangefochtene Leader der freien westlichen Welt. Wenn es den Westen morgen noch gibt, dann wohl ohne die USA, welche viele unserer Werte nicht mehr teilen.

Und ob die USA auf die Dauer China Paroli bieten können, wenn sie ihre Alliierten auf allen Kontinenten verprellen, ist auch nicht offensichtlich. Denn unsere bisherigen Freunde aus Übersee waren ja ohnehin bereits bei über der Hälfte der Menschheit ziemlich unbeliebt.

Der nachhaltigste Präsident aller Zeiten

Wir wollen uns hier nicht mit dem kurzfristigen Ärger einzelner Exportsektoren durch eventuelle Zollabgaben und Embargos befassen, sondern die dauerhaften Konsequenzen für die Menschen in Europa beleuchten. Auf unserem Kontinent hat Trump binnen weniger Monate die Sicherheitslage dramatisch verändert, und zwar dauerhaft, zumindest in mancher Hinsicht. Dabei hat er sogar seinen Kumpel, den kriegstreibenden Putin, noch übertroffen.

Was in den USA auch immer nach Trump kommen mag, unsere transatlantischen Beziehungen sind nun langfristig beschädigt, und eine jahrzehntelange, enge Freundschaft ist zerbrochen. Das verlorene Vertrauen wird sich nicht wiederherstellen lassen, solange die Amerikaner in ihrer Mehrheit oder doch als robuste Minderheit unsere fundamentalen Werte nicht mehr mit uns teilen. Denn die USA haben sich als Staat sichtbar von rechtsstaatlichen und demokratischen Prinzipien sowie von Ehrbarkeit, Ehrlichkeit, Verlässlichkeit, Anstand und Menschlichkeit verabschiedet.

Es ist nicht sinnvoll, sich ernsthaft damit zu befassen, was nächste Woche oder in einigen Monaten bei uns oder anderswo wirtschaftlich und politisch geschehen wird oder geschehen kann. Alle diplomatischen Gewissheiten sind ins Wanken geraten. Angesichts des absurden Chaos

und des irrationalen Aktionismus sind logisches Denken sowie ökonomische Überlegungen abhandengekommen.

Eine neue Weltordnung nach der aufgekündigten Freundschaft?

Dass sich das Wachstum in Europa kurzfristig verlangsamt, ist nebensächlich gegenüber den Sorgen um die mittel- und langfristige Entwicklung. Bereits vor der Destabilisierung durch die MAGA-Fans steckte die Welt in einer einmaligen Multikrise, deren Einzelheiten wir hier nicht erneut ausbreiten wollen. Viele ernsthafte Probleme müssen sofort und energisch angepackt werden, ohne dass uns Trumps Mätzchen ablenken dürfen.

Gewiss muss Europa respektvoll mit dem US-Präsidenten im Gespräch bleiben, denn dass Trump unverfroren ist, darf uns nicht den Anstand verlieren lassen. Aber wie man erfolgreich mit ihm fertig wird, hat Putin der Welt schon gezeigt: Wenn man in der Sache nicht nachgibt, ist es Trump, der einlenken muss, damit seine Show weitergehen kann. Obschon Europa militärisch ein enormes Problem hat, ist es Amerika weltwirtschaftlich gesehen mehr als ebenbürtig.

Bisher ist die Europäische Union erstaunlich besonnen und vor allem geschlossen aufgetreten. Dass Trump nun mehr als hundert Länder gleichzeitig verhöhnt und verunsichert, bleibt nicht folgenlos. Viele Länder, die heute einer Erpressung ausgesetzt sind, werden daraus ihre Konsequenzen ziehen. Dabei gibt es aber neben den USA und China heute offensichtlich, zumindest ökonomisch, finanziell und handelspolitisch gesehen, eine dritte Weltmacht, nämlich die EU, die Rückendeckung von Großbritannien, Norwegen, Kanada und anderen erhält. 150 Länder werden sich künftig gegenüber diesen drei Machtzentren neu positionieren.

Aufrüstung für einen autonomen Sicherheitsschirm

Selbstverständlich muss Europa auf der Verteidigungsebene endlich „erwachsen werden“, wie es die ehemalige Bundeskanzlerin Merkel schon vor Jahren ausgedrückt hatte. Uns steht nicht nur ein weiterhin unbesiegter Putin gegenüber, sondern auch ein Trump, welcher die NATO jederzeit erheblich schwächen kann. Die Europäer müssen somit darauf vorbereitet sein, dass Trump von einem Moment zum anderen der Ukraine jeden militärischen Beistand entzieht, sodass Russland für ganz Europa zu einer unmittelbaren Bedrohung wird.

In seinem Bestreben, den Chinesen Russland als deren Partner abzuwerben, ist Trump durchaus imstande, nicht nur die Halbinsel Krim, sondern auch den Erdteil Europa als Bauernopfer zu benutzen. Er geht davon aus, dass wir nicht den Mumm zu einer Allianz mit den Chinesen gegen die USA haben. Wobei dennoch

klar ist, dass Europa kurz- und mittelfristig kein amerikanisches Wirtschaftsboykott gegenüber China unterstützen kann, es sei denn, China überfällt seinerseits Teile der freien Welt.

Halten wir fest, dass Putin es bereits geschafft hat, in Europa eine militärpolitische Zeitenwende auszulösen, etwa mit einem plötzlichen 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr und dann mit einem „ReArm-Europe“-Paket von 800 Milliarden Euro seitens der EU, die vorher der NATO die sicherheitspolitischen Sorgen überlassen hatte. Die zusätzlichen Verteidigungsausgaben helfen kurz- und mittelfristig das Wachstum zu beleben und fördern eine Reindustrialisierung Europas.

Souveränität ist ein Gebot der Stunde

Wir müssen handeln und wir werden dies tun. Auch Luxemburg vervierfacht mittelfristig sein Budget für Militärausgaben und plant darüber hinaus einen staatlichen Förderfonds für die schnelle Entwicklung einer „Defense/Dual Use“-Industrie, voraussichtlich mit den Schwerpunkten Weltraum und Telekommunikation, damit die erforderlichen riesigen Verteidigungsausgaben nicht integral ins Ausland fließen müssen.

Aber auch im zivilen Bereich erfordert die Multikrise sowohl von den Nationalstaaten als auch von der kontinentalen Gemeinschaft sofort enorme Innovationsanstrengungen und Infrastrukturausgaben. Dabei geht es neben dem wirtschaftlichen Wettbewerb auch um den Respekt unserer Regeln und Werte, etwa dem persönlichen Datenschutz und den Menschenrechten, vor allem in den von US-Giganten beherrschten sozialen Medien.

Europa hat erkannt, dass sein Zusammenhalt jetzt wichtiger denn je ist, wenn wir in Zeiten von „Fake News“ und Manipulation durch Künstliche Intelligenz nicht von der gigantischen amerikanischen Elektronikindustrie (Elon Musk, Mark Zuckerberg...) total abhängig werden wollen. Man stelle sich doch nur einen Moment unseren Kontinent heute ohne die EU vor: Da wäre jeder Einzelstaat ein Vogel für die Katze und somit Trumps skrupellosen Erpressungsversuchen schonungslos ausgesetzt.

Glücklicherweise ist man sich gemeinsam darin einig, dass schon kurzfristig große Ausgaben erforderlich sind, wie auch immer sie finanziert werden können. Beachtlich ist, wie zügig es Deutschland nach Jahren des politischen Schuldenbremsen-Gejammers binnen weniger Wochen zu einer enormen Investitions-offensive geschafft hat.

Ein einmaliger kontinentaler Befreiungsschlag in Trilliardenhöhe

Aus dem drastischen Draghi-Bericht vom September 2024 und seinen beachtlichen Analysen hat die EU-Kommission



Der Incubator TECHNOPORT in Belval

prompt einen Wettbewerbskompass abgeleitet, dem nun präzise hochdotierte Handlungspläne folgen sollen. Gegenüber den USA und China weist Europa besonders in den Spitzentechnologien einen Innovationsrückstand auf, der in viele Bereiche sofort eine nachhaltige Wachstumsoffensive mit einem außergewöhnlichen Finanzierungsbedarf erforderlich macht, im Interesse einer globalen Wettbewerbsfähigkeit.

Beim Klimawandel beispielsweise geht es um die Sicherstellung der Energieversorgung und den Abbau von externen Abhängigkeiten. Weitere Herausforderungen sind die Anstrengungen bei der Dekarbonisierung sowie die Modernisierung und der Ausbau des Energienetzes. Bei der Digitalisierung gilt es unter anderem, die Bürger Europas, die Institutionen und lebenswichtigen Strukturen gegen Cyberkriminelle, Schurkenstaaten sowie militärische und zivile Spione zu schützen. Sie müssen auch vor der Gesetzlosigkeit, der Unmoral skrupelloser amerikanischer Profitmacher und vor eventuellen üblen Übergriffen bössartiger US-Behörden bewahrt werden.

Den Respekt unserer Normen über persönlichen Datenschutz und Menschenrechte kann man wirksam und auf Dauer nicht mit theoretischen Verboten und Ex-Post-Sanktionen durchsetzen. Um wirklich Remedur zu schaffen, braucht man auch europäische kommerzielle Alternativen sowie eigene, robuste und kostspielige Infrastrukturen im Weltall und am Boden, alles unter souveräner europäischer Kontrolle, unabhängig von US-Konzernen und fremden Überwachungs- und Sicherheitsbehörden.

Die Kurzsichtigkeit parlamentarischer Sparfanatiker

Wenn wir in die Zukunft blicken, weist auch Luxemburg in mancher Hinsicht bei den öffentlichen Infrastrukturen und in anderen Bereichen bedauerliche Investitionsdefizite auf. Diese sind einer jahrzehntelangen zu zaghaften staatlichen Investitionspolitik geschuldet. Es ist beispielsweise eine Schande, dass das reiche Luxemburg bei der Erzeugung erneuerbarer Energien zu den absoluten Nachzügler Europas zählt.

Sogar die Solidität und Seriosität des internationalen Finanzplatzes sind durch dramatische personelle Unterbesetzungen bei den relevanten Gerichtsinstanzen gefährdet. Wegen mangelnder Polizeikräfte nehmen auch die Lebensqualität und das Sicherheitsgefühl der Einwohner seit Jahren massiv ab.

Diese Missstände beruhen eindeutig auf einem politischen Fehlverhalten des Staates: Wir verdanken sie einer permanenten parlamentarischen Hysterie über zu hohe Budgetausgaben und eine angebliche staatliche Überschuldung. Dabei weist Luxemburg die weltweit niedrigste Staatsschuld auf. Die falschen Propheten, die mit ihren Sparappellen auf billige Weise versucht haben, sich „staatsmännisch“ als kluge und besonnene Warner zu profilieren, kamen aus allen Parteien, von Oppositionsführern bis hin zu Hinterbänkler der Mehrheitsfraktionen. Keiner von ihnen allen wird seine gravierenden persönlichen Fehler und den dauerhaften schweren Schaden, den ihr Verhalten dem Land zugefügt hat, anerkennen.

Unser robuster Staat als Felsen in der Brandung

Doch inmitten der unsicheren Gesamtperspektiven auf kontinentaler und globaler Ebene brauchen die Luxemburger keine Ängste zu entwickeln, weil die soziale und ökonomische Lage ihres Landes, wenn man genau hinschaut, offensichtlich die solideste in Europa ist. Unser Leistungsbilanzüberschuss hat

sich zwischen 2020 und 2024 von 3,2 auf 11,9 Milliarden Euro oder von 3,2 % auf 13,8 % des Bruttoinlandsprodukts verbessert.

Diese Zahlen belegen, wie viel unser Land mehr exportiert als es importiert, also wie viel es mehr erzeugt und leistet als es verbraucht. Insgesamt ist unsere Wirtschaft somit sehr wettbewerbsfähig. Auch bei einer plötzlich hereinbrechenden Krise bliebe unsere Regierung finanziell voll handlungsfähig, was schon während der Corona-Krise bewiesen wurde.

Die öffentlichen Haushaltskonten von 2024, für die ein solides Defizit eingeplant war, wurden real mit einem Überschuss von 888 Millionen Euro (1,0 % des Bruttoinlandsprodukts) abgeschlossen. Somit steigt die Verschuldung weder in absoluten Zahlen noch im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung des Landes. Unser Staat ist einer der wenigen, der immer wieder von allen Ratingagenturen ohne Ausnahme die Bestnote AAA erhält.

Staat und Land sind robust aufgestellt, trotz unserer breiten Öffnung zum Ausland hin und aller Abhängigkeiten, die diese mit sich bringt. Dank seiner soliden Strukturen konnte Luxemburg in den letzten Jahrzehnten wirtschaftlich zweimal schneller wachsen als die Nachbarländer und die europäischen Konkurrenten. Für 2025 ist bei uns ein reales Wachstum von 2,5 % angesagt – gegenüber nur 1 % in der Eurozone.

Wichtig sind die finanziellen Anstrengungen, die unsere Regierungen ständig unternommen haben, um Luxemburgs Strukturen für die Herausforderungen der Zukunft aufzurüsten. Dies geschah durch verstärkte Ausgaben für Forschung und Wissenschaft, die Gründung und den Ausbau einer Universität und öffentlicher Forschungszentren nebst der Schaffung zahlreicher Dienststellen zur Unterstützung der exportorientierten Branchen wie etwa *LuxInnovation*, *Technoport*, *Luxemburg for Finance* oder *Space Agency*.

Die Erfahrung aus dynamischen und wohlüberlegten Initiativen

Löblicherweise hat die derzeitige Regierung beschlossen, an hohen öffentlichen Investitionen festzuhalten, trotz versprochener Steuersenkung und ohne übertriebene Rücksicht auf die künftige Verschuldungsquote. Alle Zukunftsspekulationen über deren Entwicklung haben sich seit Jahren immer als zu pessimistisch erwiesen. Hier wird heute eine weitsichtige Politik verfolgt, denn was unsere Kinder und Enkelkinder wirklich brauchen, ist ein Land mit einer attraktiven Lebensqualität und mit vorteilhaften Standortstrukturen.

Wir wissen heute, wie entscheidend eine kluge Wirtschaftspolitik ist. In der Vergangenheit ist die Expansion in neue lukrative Sektoren meistens aufgrund einer staatlichen Bereitschaft erfolgt, hohe Anstrengungen zu unternehmen und dabei auch erforderliche Finanzmittel aufzubringen und echte Risiken einzugehen.

Wie im kürzlich erschienenen Buch „Die ASTRA-Story“ belegt wird, riskierte der Staat, als Luxemburg in den 1980er-Jahren in den Weltraum aufbrach, finanziell 2,5 % des Bruttoinlandsprodukts bzw. 7,5 % eines staatlichen Jahreshaushalts zugunsten eines einzigen Start-up-Unternehmens. In der Folge brachte die Kapitalbeteiligung von SNCI und Spuerkeess an der SES den beiden Staatsbanken einen 30-fachen Ertrag, abgesehen vom hohen volkswirtschaftlichen Nutzen für das Land.

Und als dann um das Jahr 2000 aus nur kurzfristig geltenden Gründen (europäische TVA-Regeln), Luxemburg für nicht-

europäische E-Commerce-Firmen wie Amazon und Internetdienstleister zum „Gateway-to-Europe“ wurde, also dem Eingangstor zum großen EU-Binnenmarkt, sicherte die öffentliche Hand den Erhalt dieses neuen Sektors mit Investitionen in Milliardenhöhe ab. Damals errichteten die Staatsunternehmen Post und LuxConnect Datenzentren der höchsten Sicherheitsklasse. Sie beschafften dem Land mit eigenen Glasfaserleitungen als Datenautobahn einen superschnellen Zugang zu den Internetknotenpunkten Europas.

Massive Mittel für entschlossene, nachhaltige Pläne

Unsere unmittelbare Zukunft wird durch den gesunden Finanzplatz begünstigt, der durch ständige Innovationen mit den permanenten Herausforderungen Schritt hält. Ein weiterer Trumpf ist die Expansion des sogenannten „Soparfi“-Sektors, also der wachsenden Bedeutung Luxemburgs als internationaler Verwaltungsstandort für multinationale Unternehmen. Ob dies alles langfristig weiterwachsen kann, ist nicht unbedingt sicher, daher die Notwendigkeit einer offensiven staatlichen Strategie für die Zukunft.

Deswegen wurde Luxemburg in den letzten Jahren zum Standort vieler Start-up- und Scale-up-Unternehmen in unterschiedlichen Bereichen, dank der Gewährung von Subventionen und dem Zugang zu günstigen Finanzierungswegen, dank einer Betreuung in staatlichen oder privaten Incubatoren (Brutkästen) und Acceleratoren (Beschleunigern), aber auch dank der ständigen Anpassung vieler Gesetzgebungen an neue internationale Erfordernisse. Diese Anstrengungen zielen nicht auf kurzfristige Auswirkungen; da sie aber bereits über einen längeren Zeitraum beharrlich durchgezogen werden, ist hier mittelfristig ein spürbares Wachstum zu erwarten.

Allein der *Luxemburg Future Fund*, zu 80 % durch die SNCI finanziert, hat ein Risikokapital in Höhe von 350 Millionen Euro für Kapitalbeteiligungen an neuen innovativen Firmen in technologischen Spitzenbereichen bereitgestellt. Daneben bestehen branchenspezifische Risikofonds, wie etwa der *Digital Tech Fund* und der *Advent Life Sciences Fund*. Für die Weltraumsparte gibt es *Orbital Ventures* mit privaten und öffentlichen Investoren sowie ein Joint Venture von Staat und SES namens *Luxembourg Space Development Fund*.

Die vielen neuen Gesichter der Zukunft

Wir wollen uns hier nicht in Einzelheiten verlieren, sondern nur die wichtigsten Bereiche dieser jungen, bunten und optimistischen Szene aufzählen: HealthTech, SpaceTech, GreenTech, CleanTech, CyberTech, FinTech (mit AssurTech, RegTech, usw.) sowie schließlich DeepTech, was für Artificial Intelligence, Quantum Computing, Robotics, Internet

der Dinge, Blockchain, BigData und Ähnliches steht.

Erwähnen wir vor allem aber noch mit Bezug auf die öffentlichen Infrastrukturen, welche für die Spitzenunternehmen und die Forschungseinrichtungen unentbehrlich sind, den 30 Millionen Euro teuren Hochleistungsrechner *MeluXina* der staatlichen Firma *LuxProvide* in Bissen, der 2022 in Betrieb ging. Dieser wird nun erweitert durch den besonders auf Künstliche Intelligenz (*Artificial Intelligence*) ausgerichteten *MeluXina AI*, der für 80 Millionen Euro in Bestellung ist und 2026 operational wird. Später wird sich ihnen mit *MeluXina Q* einer der ersten europäischen Quantencomputer hinzugesellen, dessen Geburtsdatum und Kosten heute aber noch nicht abzusehen sind.

Power von dynamischen globalen Marktführern

Man kann davon ausgehen, dass Google seine angesagten hohen Investitionen in Bissen demnächst in Angriff nehmen wird. Gerüchten zufolge sollen der Premierminister und seine Fachminister mit einigen europäischen und Schwergewichtlern aus Übersee in Kontakt stehen. Bei diesen Gesprächen soll es um Niederlassungen und Investitionen in Luxemburg unter anderem im Bereich der Künstlichen Intelligenz gehen.

Das Satellitenunternehmen SES in Betzdorf, an dem der Staat 22 % des Kapitals hält, wird in den kommenden Monaten durch den Kauf seines Konkurrenten INTELSAT für 3,1 Milliarden Dollar, seinen Jahresumsatz, seinen Personalbestand und seine Weltraumflotte verdoppeln. Zudem steigt die SES nun mit 1,8 Milliarden Euro als künftiger kommerzieller Betreiber in das über 10 Milliarden teure europäische Satelliten-Projekt IRIS² ein, für welches auch unser Staat in Bettemburg eine der drei geplanten Satelliten-Bodenstationen errichtet. Ab 2020 wird das Staatsunternehmen LuxConnect diese betreiben.

In diesem Zusammenhang darf aber vor allem auch nicht unerwähnt bleiben, dass Luxemburg im Bereich der Telekommunikationssicherheit für das Zeitalter des künftigen Quantum Computing die Nase vorne hat. Die SES befördert nämlich nächstes Jahr im Auftrag der Europäischen Weltraumagentur ESA einen LEO-Satelliten namens *EAGLE-1* ins All, der für Experimente zur *Quantum Key Distribution*, im Dienst der souveränen Sicherheit Europas genutzt wird. Das Budget beträgt 130 Millionen Euro.

Fazit: Die Zukunft mag ungewiss sein, doch die Zeichen der Zeit sind erkannt, und Europa wird Donald Trump überleben. Luxemburg hat seinerseits schon einige Hausaufgaben erledigt, um in einem robusteren und autonomen Europa technologisch in der ersten Reihe erfolgreich mitwirken zu können.

Paul Zimmer



Der Superrechner MELUXINA in Bissen



LUX VOYAGES

DERTOUR



FILMREIFES IRLAND - AUF DEN SPUREN GROßER GESCHICHTEN



Erleben Sie Irland wie auf der Leinwand!

Begeben Sie sich auf eine faszinierende Mietwagenrundreise zu den Original-Drehorten weltberühmter Filme und Serien wie Harry Potter, Star Wars, Game of Thrones und Braveheart.

Entdecken Sie spektakuläre Landschaften, mystische Klöster und legendäre Burgen – von den Cliffs of Moher bis zum Giant's Causeway.

Übernachten Sie in charmanten Gästehäusern mit echtem irischem Flair.

Reisepreis ab: 1.673 € pro Person
im Doppelzimmer, inklusive

- 10 Tage Mietwagen (SUV) inkl. Taxen und Versicherungen
- 9 Übernachtungen (8x Gästehaus, 1x Hotel bei Dublin)
- 9x Frühstück
- Eintritt Titanic Museum
- Reiseführer

Highlights (zubuchbar):

- Game of Thrones Studiotour
- Bootsfahrt zu den Cliffs of Moher
- Besuch von Powerscourt House & Gardens

Reisezeitraum: vom 02.01. bis 14.12.

Gerne beraten wir Sie und stellen Ihnen die ausführliche Reisebeschreibung dieser und einer Vielfalt anderer DERTOUR-Reisen vor. Wenden Sie sich einfach an Lux Voyages, Ihre CGFP-Reiseagentur.



LUX VOYAGES s.à r.l.

25-A, boulevard Royal ■ L-2449 Luxembourg

Tel.: 47 00 47 - 1 ■ info@luxvoyages.lu





fonction
publique

SPÉCIAL OUTDOOR

« Allez jouer dehors, les enfants ! »



« Les enfants, avez-vous vu la météo ? Ne restez pas à l'intérieur. Allez vous amuser dans le jardin. » Avec une aire de jeux extérieure, vos enfants seront toujours partants pour passer quelques heures au grand air. Mais encore faut-il que cette aire de jeux soit adaptée à leur âge et à leurs goûts.

Balanoire ? Tipi ? Bac à sable ? Cabane ? Ou trampoline ? Il n'est pas facile de créer une aire de jeux agréable, dynamisante et sécurisante, dans laquelle les enfants peuvent s'amuser et se défouler pendant des heures en toute sécurité. Le premier conseil est le suivant : cette aire doit correspondre aux préférences, mais aussi à l'âge des enfants. Un enfant en bas âge appréciera peu un trampoline, tandis qu'un pré-adolescent ne prendra aucun plaisir à jouer dans le bac à sable avec un seau et une pelle.

Une aire de jeux évolutive

Mais les enfants grandissent et leurs goûts changent, tout comme leur taille et leur âge. L'aire de jeux, autrefois si fantastique, ne les enthousiasme plus. À moins de concevoir une aire évolutive qui grandit en même temps que les enfants et qui dure ainsi plus longtemps. Dans les commerces spécialisés, il est possible de trouver de telles structures évolutives conçues pour répondre aux attentes de chaque âge.

L'équipement star pour les plus petits

Le bac à sable reste un incontournable pour les plus petits. C'est l'équipement star de l'aire de jeux. Et pour cause : une pelle et un seau

permettent aux tout-petits de passer de longues heures sans s'ennuyer : ils versent, remplissent, retournent, imaginent des châteaux de sable, construisent des circuits pour leurs billes...

L'important est d'installer le bac à sable dans un endroit ombragé, de le remplir de sable assaini et de prévoir un couvercle (pour le protéger des feuilles mortes et des déjections animales...). Idéalement, il faudrait aussi prévoir un rangement intégré pour les jouets et un rebord plus large pour s'asseoir.

Une balançoire, mais pas seulement

Que serait un jardin sans balançoire ? Il en existe de nombreuses variantes : du modèle le plus simple (balançoire simple ou double) à la station de jeux incluant balançoire double, toboggan d'extérieur, tour d'escalade, corde à grimper, etc.

L'important est de bien stabiliser l'engin, de l'ancrer dans le sol et de le positionner à l'écart de tout obstacle (branches d'arbres, murs, etc.) afin qu'il ne représente pas un danger pour l'enfant.

« Ma cabane au fond du jardin »

Plus que jamais, la cabane est l'un des meilleurs investissements que vous puissiez consentir pour vos enfants. Grâce à l'imagination débordante des enfants, elle se transforme en une fabuleuse station de jeux et en un terrain d'aventures exceptionnel où vos enfants pourront créer de magnifiques souvenirs d'été.

Vous trouverez un vaste choix de cabanes de toutes tailles, styles et prix : prêtes à monter, sur pilotis (avec une plateforme de hauteur ajustable pour les enfants en bas âge), dotées ou non d'un toboggan extérieur, à transformer en tour d'escalade... jusqu'à la mini-roulotte permettant aux enfants de se rêver enfants du voyage.

Une base stable et solide, ainsi qu'un bon ancrage, sont essentiels. La cerise sur le gâteau : il est souvent possible de peindre la cabane aux couleurs préférées de vos enfants. Une décoration riante et colorée au fond du jardin...

renovation.lu

Handwerk aus Lëtzebuerg

Une rénovation complète avec une touche d'élégance, un style résolument moderne.



L'expertise au service de vos espaces extérieurs !

Pergola évolutive



Auvent



Carport



Pergola évolutive - Auvent - Carport - Garden room



SOBOX : des abris haut de gamme



Pour faire concevoir votre pergola ou votre carport, vous avez l'embarras du choix parmi les marques et les professionnels. Cependant, il est beaucoup plus difficile de trouver une entreprise proposant des produits esthétiques, résistants et pérennes, qui ne décevront pas vos attentes durant de longues années !

Entre sur mesure et innovation

SOBOX fait partie de ces rares concepteurs et fabricants d'aménagement extérieur qui se démarquent assurément par la qualité de leur travail. Fort de plus de 30 ans d'expérience dans le domaine de la menuiserie aluminium, SOBOX

a su trouver un parfait équilibre entre le savoir-faire et les dernières avancées technologiques en matière de conception, garantissant ainsi la grande satisfaction des clients.

Un travail d'experts français

Concrètement, SOBOX est expert dans l'art de créer des abris d'extérieur à toiture étanche, destinés aux professionnels de la menuiserie et aux particuliers.

Pergolas évolutives, carports, auvents, abris de jardin, « Pool Houses »... Autant de produits intégralement fabriqués au sein des usines de la marque, sans aucun intermédiaire. La qualité est ainsi assurée, avec

un design et des finitions soignés. Seuls des professionnels de l'aménagement extérieur, régulièrement formés aux dernières nouveautés, sont invités à travailler à la conception des abris SOBOX, et cela se ressent assurément à l'observation du produit fini !

SOBOX offre une garantie produit de 25 ans

En choisissant les pergolas SOBOX, vous optez pour des structures modulaires et personnalisables qui s'adaptent à tous vos besoins. Grâce à une palette de 200 teintes RAL fines structures, chaque pergola peut être parfaitement intégrée à vos espaces extérieurs, garantissant

une harmonie esthétique. SOBOX entend surtout mettre en avant sa garantie produit imbattable de 25 ans, une offre rare sur le marché. La preuve de la durabilité exceptionnelle des abris en aluminium de la marque, livrés prêts à poser et conçus pour répondre à tous les besoins des clients finaux.

Contactez SOBOX pour réaliser une étude de projet personnalisée (devis gratuit et sans engagement), suivie d'une visite technique préalable à la fabrication et à l'installation de votre abri de jardin.

www.sobox.lu
info@sobox.lu
T. +352 26 67 66



Luxembourg City Underground – explorez les profondeurs de la ville !



Casemates de la Pétrusse – Rocks coming to life

Plongez dans un univers immersif où les rochers deviennent narrateurs de l'histoire !

Grâce à une scénographie innovante mêlant effets sonores, jeux de lumière et projections, les Casemates de la Pétrusse prennent vie pour raconter l'histoire mouvementée de la ville à travers les siècles. Une expérience sensorielle et historique à ne pas manquer.

Deux sites, deux ambiances, un même voyage au cœur de l'histoire de la ville de Luxembourg. Une activité culturelle captivante, à vivre tout au long de l'année !

Plus d'informations et réservations sur luxembourg-city.com.

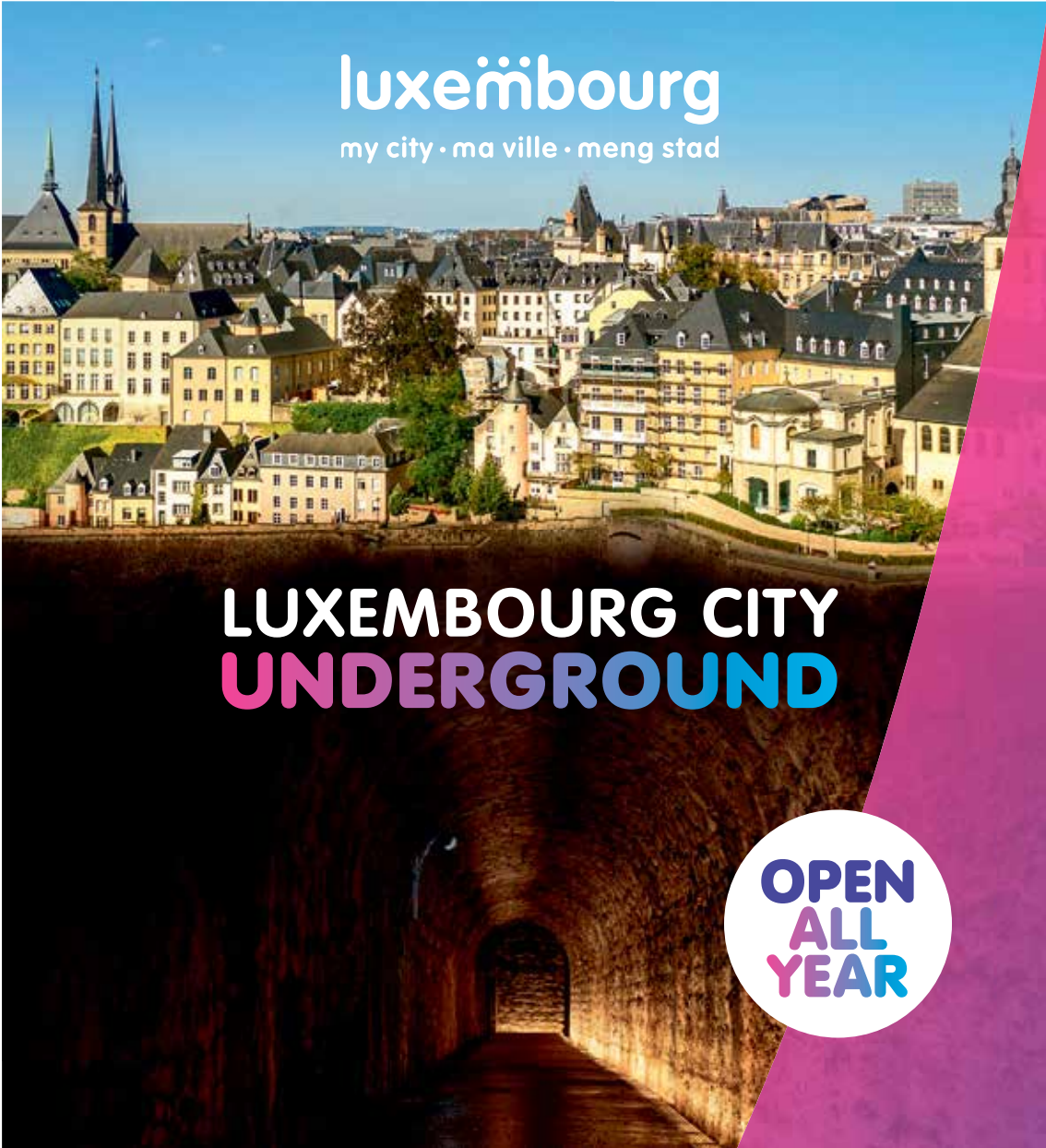
Plongez dans le passé fascinant de la capitale avec Luxembourg City Underground et vivez une double expérience inédite à travers deux sites emblématiques : les Casemates du Bock et les Casemates de la Pétrusse.

Casemates du Bock – Rock with a view

Partez à l'exploration de l'un des joyaux historiques du pays. Creusées

dans la roche au fil des siècles, les Casemates du Bock témoignent du passé militaire impressionnant de Luxembourg, autrefois surnommé le « Gibraltar du Nord ».

Intégrées aux fortifications et à la vieille ville inscrites au patrimoine mondial de l'UNESCO, ces galeries souterraines offrent un regard unique sur l'ingéniosité des anciens systèmes de défense... et des panoramas spectaculaires sur la vieille ville.



Get your tickets

DIVE INTO
THE DEPTHS
OF THE CITY

luxembourg
city tourist office

Metalica Home : l'excellence en menuiserie extérieure et en pergolas bioclimatiques

Depuis sa création, Metalica Home s'impose comme un acteur incontournable de la menuiserie extérieure haut de gamme au Luxembourg. Spécialiste des aménagements sur mesure, l'entreprise propose des solutions esthétiques et innovantes pour embellir et optimiser les espaces extérieurs. Parmi ses produits phares, les pergolas bioclimatiques et vitrées allient confort, design et durabilité, pour un art de vivre en extérieur sans compromis.



Des pergolas bioclimatiques adaptées à tous les besoins

Grâce à son expertise, Metalica Home distribue et installe les per-

golas de la marque renommée Renson, synonyme de qualité et d'innovation. Ces structures permettent de profiter pleinement des espaces extérieurs tout au long de l'année, en offrant une protection efficace contre le soleil, le vent et la pluie.

Dernière innovation en date, la pergola Amani de Renson redéfinit l'expérience « outdoor » avec un design épuré et des fonctionnalités avancées. Ses lignes minimalistes et ses finitions raffinées s'intègrent parfaitement à tous les types d'architectures. Son toit innovant permet de moduler la lumière et la ventilation. Vous choisissez l'emplacement des colonnes et ajoutez des débords comme des auvents élégants, offrant un confort optimal quelle que soit la saison.

Camargue de Renson : une valeur sûre pour un confort absolu

Référence en matière de pergola bioclimatique, la Camargue de Renson séduit par sa modularité et sa robustesse. Dotée de lames orientables et de nombreuses options



personnalisables (éclairage LED, parois vitrées, stores intégrés), elle assure une flexibilité totale pour créer un véritable prolongement de l'habitat.

L'expertise Metalica Home au service de vos projets

Chez Metalica Home, chaque projet est unique. De la conception à l'installation, notre équipe d'experts vous accompagne pour imaginer un espace extérieur à votre image.

Avec un large choix de matériaux, de couleurs et d'options, nos pergolas s'adaptent à toutes les configurations et à tous les styles.

Transformez votre terrasse, jardin ou patio en un havre de paix élégant et fonctionnel avec Metalica Home. Découvrez nos réalisations et contactez-nous pour un projet sur mesure !

Visitez notre site : www.metalica.lu



PVC



ALU



BOIS



PORTES ET FENÊTRES
PVC | BOIS | ALU
VERANDAS
PERGOLAS

VENEZ DÉCOUVRIR NOTRE SHOWROOM ET PROFITEZ DES CONSEILS DE NOS SPÉCIALISTES !



SHOWROOM
181, rue de Luxembourg – L-4222 ESCH/ALZETTE
Tel.: (+352) 55 21 56-1 | info@metalica.lu | www.metalica.lu



Nous vous accueillons
Lundi au vendredi, de 9:00-18:00 h
Samedi, 09:00-13:00 h
Ou sur rendez-vous : www.metalica.lu

En 2025, de nouvelles tendances outdoor séduiront les consommateurs



En 2025, de nouvelles tendances outdoor séduiront les consommateurs

Depuis la pandémie de Covid-19, la terrasse et le jardin sont des espaces qui n'ont cessé de gagner en importance. Véritables refuges de détente et de plaisir, ils sont de plus en plus valorisés chaque année. Avec ses tendances séduisantes, l'année 2025 ne fait pas exception à la règle.

Bonne nouvelle ! En 2025, la terrasse et le jardin se réinventent pour devenir toujours plus « cosy », accueillants, relaxants et écoresponsables. Entièrement axés sur le plaisir et le bien-être, ils allient durabilité et connectivité.

L'éco-responsabilité est au cœur des aménagements

Face aux enjeux climatiques, la durabilité est devenue un critère essentiel

dans les choix d'aménagement. Les matériaux recyclés et écologiques, tels que la pierre naturelle ou le bois certifié, sont plébiscités pour leur faible impact environnemental. Au niveau des plantations, les jardiniers privilégient les espèces locales et résistantes à la sécheresse, et font des économies d'eau leur priorité : citerne enterrée, récupérateur de pluie, arrosage par goutte-à-goutte... Chaque goutte d'or bleu compte pour nourrir les

végétaux, tout en réduisant autant que possible la consommation d'eau potable.

Le vintage est tendance !

Intemporel et charmant, le style rétro est indémodable. Il convient toutefois de faire une nette distinction entre le vintage, qui est tendance, et le vieillot, qui peut paraître ringard. L'avantage des objets d'ameublement et de déco-

GET READY FOR THE SUMMER

galerie moderne

AMEUBLEMENT www.gmg.lu

More than 75 years in Luxembourg



ration vintage est qu'ils sont souvent de bonne qualité et robustes ; l'essentiel est de vous assurer qu'ils résistent aussi bien aux rayons ultraviolets (UV) qu'aux intempéries. Cette année, la tendance est aux ambiances guinguettes, et il est possible de dénicher des pièces de décoration intéressantes pour recréer une atmosphère typique des années 1950 : un baril en bois en guise de mange-debout, des panneaux muraux en métal, un éclairage artistique de type lampe rétro lanterne, des affiches vintages encadrées...

Des couleurs agréables pour un extérieur qui l'est tout autant

Si vous optez pour une décoration vintage, il y a des codes à respecter, notamment au niveau des couleurs, des textures et des motifs : le bois foncé pour une allure chaleureuse ; les formes géométriques présentes sur les paillasse et tapis, les meubles en métal ou en cannage, le brun et le terracotta pour le côté chaleureux, les teintes pastels pour adoucir l'espace, le bleu électrique ou l'orange pour produire un effet dynamique, etc.

La révolution numérique arrive au jardin

La révolution numérique arrive sur la terrasse et dans le jardin avec



des solutions connectées qui facilitent l'entretien et augmentent le confort.

Il convient ici de mentionner les capteurs d'humidité et d'arrosage automatique, les éclairages solaires intelligents (capables d'adapter l'intensité d'éclairage en fonction de la luminosité), les pergolas connectées (qui s'adaptent à la météo), etc.

Même les abris de jardin se modernisent et sont désormais équipés de caméras de sécurité et de capteurs météorologiques.

Gérer vos finances du quotidien devient un jeu d'enfant.

OPERA PLUS : l'essentiel de vos services bancaires et plus encore.

- Gratuit la première année
- Cartes Visa Debit & Gold incluses
- Aucun frais de tenue de compte
- Un conseiller personnel
- + d'autres avantages

Plus d'infos sur www.raiffeisen.lu ou dans votre agence la plus proche.

*sous réserve d'acceptation du dossier par la banque ** Visa Debit disponible à partir de l'été 2025



BANQUE RAIFFEISEN, s.c. - * Smartphone non inclus

La plancha : comment bien la choisir pour en retirer le maximum de plaisir gourmand ?



Le mot « plancha » désigne à la fois l'appareil de cuisson inventé par les Espagnols au XIX^e siècle et la méthode de cuisson qui lui est associée. Pour en profiter pleinement, il faut bien la choisir. Voici nos conseils...

La méthode « à la plancha » nécessite un plan de cuisson chauffé (électriquement, au charbon de bois ou par des brûleurs à gaz) à une température supérieure à 240 °C, mais inférieure à 300 °C afin d'éviter la carbonisation des aliments.

« Effet Leidenfrost »

Contrairement au barbecue, où les flammes peuvent brûler les aliments et émettre des fumées nocives, les aliments sont saisis de manière homogène sur la plancha. La haute température de l'appareil induit un phénomène de caléfaction, dit « effet Leidenfrost », qui permet aux aliments de conserver leurs sucres et leurs saveurs.

Les critères à prendre en compte

Au moment de choisir une plancha, plusieurs critères doivent être pris en considération. Avant de vous rendre au magasin, il est important de déterminer vos besoins et contraintes afin de profiter plei-

metzger



Extension
Véranda
Pergola
Porte
Volet
Fenêtre
Store
...



→ Venez visiter notre Showroom
3 rue Luxite - L-1899 Kockelscheuer
Tel : +352 26 36 13 93

vivez mieux
votre maison



SPÉCIAL **OUTDOOR**

fonction
publique



nement de votre appareil. Les principaux critères à retenir sont : votre lieu d’habitation (appartement avec terrasse ou maison avec jardin), le nombre habituel de convives, la puissance de l’appareil, la source d’alimentation (généralement gaz ou électricité), l’emplacement de l’appareil, le matériau de la plaque de cuisson, l’entretien de la plancha.

Gaz ou électricité ?

Utiliser le gaz pour cuisiner peut sembler intimidant pour les cuisiniers amateurs. Même s’il présente des inconvénients (prix d’achat plus élevé qu’une plancha électrique, points de sécurité à vérifier régulièrement et entretien plus compliqué

qu’un modèle électrique), une plancha au gaz présente également des avantages : facilité de disposition de la plancha (pas de raccordement électrique), coupure de gaz instantanée dès la disparition des flammes, contrôle facile de la température, simplicité d’utilisation et meilleur rendement qu’une plancha électrique.

Si vous habitez en appartement ou s’il s’agit de votre première plancha, un modèle électrique est plus intéressant. Il existe toutefois quelques bémols : des températures maximales moins élevées, une disposition limitée à cause du câble d’alimentation et un appareil moins durable dans le temps. Mais la plancha au

gaz présente aussi plusieurs avantages : un allumage facile et rapide, une utilisation possible en intérieur, un gain de place (pas de bonbonne de gaz) et un nettoyage simple.

Priorité à l’inox massif

Plusieurs matériaux sont disponibles (chrome dur, fonte brute, acier laminé ou rectifié, acier émaillé ou fonte émaillée), mais certains d’entre eux sont à éviter en raison de leur haute toxicité, voire de leur effet cancérigène, comme le revêtement antiadhésif type Teflon et l’aluminium.

Les plaques de cuisson en inox sont privilégiées par les professionnels et les cuisiniers amateurs qui souhaitent allier performances et durabilité. L’inox massif résiste bien aux chocs et à l’oxydation tant que la couche de protection est intacte, mais aussi aux fortes chaleurs, aux déglacages aux glaçons et à la déformation. Un culottage brun peut apparaître après les premières cuissons, mais cela n’affecte pas les performances. Enfin, comme l’inox présente moins d’inertie que les autres matériaux, la température de cuisson peut être ajustée plus rapidement.





**Livraison
et montage
GRATUITS**

LE HAUT DE GAMME EN CHALET DE JARDIN
ABRIS | CHALETS | GARAGES | POOLHOUSE | CARPORT,...

EXCLUSIF: MONTAGE SUR OSSATURE EN PAREMENT SAPIN, EPICEATHERMO, THERMOAYOUS, CÈDRE, CHÊNE,... COMPOSITE, TRESPA, ...

- Garage bois sur ossatures • Garages métalliques • Abris pour piscines
- Kiosques et gloriottes • Chalets de marche • Dalle de sol



VISITE SUR RENDEZ-VOUS

MARVIE, 28 (Route de Wiltz) | B-6600 BASTOGNE
TÉL: +32 (0)61 21 71 67 | GSM: +32 (0)495 20 71 67 | FAX: +32 (0)61 28 72 67 | INFO@ABRIGARDEN.BE | WWW.ABRIGARDEN.BE

10307603



**Gut wohnen heißt:
gut beraten sein.**

BHW – Ihr Partner für die eigenen vier Wände



Ihr direkter Link zur
Terminvereinbarung.
Wir freuen uns auf Sie:
info-lux@bhw.lu

Wohnen ist alles: Leben, Zukunft, Sicherheit. Machen Sie Ihren Traum vom Eigenheim wahr und arbeiten Sie mit einem Partner zusammen, der es versteht, Sie bedarfsgerecht zu unterstützen.

Die CGFP ist der Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst. Als Mitglied der CGFP profitieren Sie von Top-Konditionen, attraktiven Vorzugsdarlehen und von steuerlichen Vorteilen – abhängig von Ihrer individuellen Einkommenssituation für Ihren eigenen Wohnraum.

Am besten Sie sprechen noch heute unverbindlich mit einem BHW Berater über Ihre Möglichkeiten. Nutzen Sie einfach den Link oder rufen Sie die CGFP Hotline 473651 an.

BHW Bausparkasse
Niederlassung Luxemburg
16, rue Erasme
L-1468 Luxembourg Kirchberg
info-lux@bhw.lu
www.bhw.lu

BHW
Gemeinsam für Ihr Zuhause